Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hansa 2447—5

Nr. 14 | Hamburg, den 4. April 1919. | 4. Jahrg.

Inhalt:

Die Bilanz der deutschen Kriegsfinanzen ..... Seite 273
Das Schicksal unserer Auslandseffekten ..... „ 275
Kanada vor und nach dem Kriege ..... „ 276
Länder-Berichte:
Deutschland ..... „ 279
Norwegen ..... „ 282
Aegypten und Sudan ..... Seite 283
Weltwirtschaftliche Übersichten:
Geld und Kapital ..... „ 286
Schiffahrt und Schiffbau ..... „ 287
Rohstoffe und Warenmärkte ..... „ 289
Vermischtes ..... „ 291
Wichtige Neueingänge ..... „ 291

Die Bilanz der deutschen Kriegsfinanzen

Wenn der neue Staat sich von dem zusammengebrochenen durch das Recht und die Pflicht zur Mitarbeit und Mitverantwortung aller Bürger an den Geschäften und Einrichtungen des Gemeinwesens unterscheiden soll, so gibt es ein untrügliches Zeichen, an dem erkannt werden kann, wie reif der Einzelne für die Teilnahme an einer solchen Staatsordnung ist: er frage sich, ob er es als schlechthin unerträglich empfunden hat, während mehr als vier Kriegsjahren ein klares und treues Bild des Standes der deutschen Reichsfinanzen entbehren zu müssen, ohne das alles Reden über Art und Maß neuer Steuern und Monopole, Lasten und Vorrechte doch nicht mehr als Geschwätz sein kann. Wer nicht ernstlich unter dem trügerischen Helldunkel gelitten hat, in das unsere Bürokratie die Entwicklung unserer finanziellen Misère aus Gründen der Kriegführung meinte hüllen zu müssen, hat das Recht zur Kritik verwirkt, wenn die Grundlagen des neuen Aufbaues gelegt werden sollen.

Endlich liegt, vier Monate nach Abschluß des Waffenstillstandes, eine Regierungsdenkschrift über „Die Finanzen des Deutschen Reichs in den Rechnungsjahren 1914 bis 1918“ vor. Sie weicht nicht nur in dem Grad der Mitteilsamkeit, sondern auch in Ton und Haltung von den amtlichen Veröffentlichungen ab, mit denen während des Krieges die Vorbildlichkeit der deutschen Kriegsfinanzen urbi et orbi eingeprägt werden sollte. An die Stelle schlecht verhüllten, schlechter angebrachten Selbstlobs ist nackter Bericht, nüchterne Zergliederung gesetzt. Aber so sehr der Wille zur objektiven Darstellung und lückenlosen Unterrichtung anerkannt werden muß: der Kritiker wird auch in dieses Bild noch einige stärkere Schatten eintragen müssen, die erst dann sichtbar werden, wenn man die Fiktionen aufgibt, auf denen die Aufstellung der Haushaltspläne während des Krieges aufgebaut war und die auch zum Teil in die Aufstellungen der Denkschrift hinübergenommen worden sind.

Wäre es nämlich wirklich so, daß die Rechnungsjahre 1913 und 1914, wie die Zusammenstellung über die Reichseinnahmen und -ausgaben in den Rechnungsjahren 1913 bis 1917 (Denkschrift, S. 19—21) zeigt, mit einem Überschuß von 20,95 und 219,71 Mill. ℳ abgeschlossen hätten, die Jahre 1915, 1916 und 1917 aber mit Fehlbeträgen von nur 22,31 Mill. 1104,49 Mill. und 891,08 Mill. ℳ, während im Jahre 1917 sogar 2177,99 Mill. ℳ zur Tilgung von Kriegsanleihe verwendet werden konnten, so würde die Finanzgebarung des Reiches kaum die scharfen Urteile verdienen, mit denen sie neben anderen auch der gegenwärtige Reichsminister der Finanzen bedacht hat. Nun haben aber diese Überschüsse und Fehlbeträge nur rechnungsmäßige Bedeutung. Wie es um die wirkliche Spannung von Ausgaben und Einnahmen steht, soll, an der Hand anderer amtlicher Angaben, in folgendem aufgewiesen werden:

Die Rechnungsjahre 1912 und 1913 hatten rechnerisch mit Überschüssen von 77,1 Mill. und 20,9 Mill. ℳ abgeschlossen. Es ist dabei zu bedenken, daß im Jahre 1913 ein erheblicher Fehlbetrag entstanden wäre, wenn unter den Einnahmen 272,4 Mill. ℳ „Überschüsse früherer Jahre“ gefehlt hätten. Die Abrechnung für 1913 zeigt folgendes Bild (in Mill. ℳ):

Ordentliche Einnahmen:		Ordentliche Ausgaben	
Reichsbetriebe	140,92	Zivilämter	195,94
Zölle, Steuern usw..	2076,14	Heer, Marine usw...	2021,98
Wehrbeitrag	0,82	Schuldendienst.....	208,60
Gesamteinnahme ...	2217,88	Gesamtausgabe.....	2426,52

Außerordentliche Ausgaben: 111,44.

Daß die Differenz der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben sich nicht mit dem angegebenen „Überschuß“ deckt, ist hier wie auch bei den späteren Jahren darauf zurückzuführen, daß in unserer Tabelle nur diejenigen Beträge ausgewiesen werden, die in dem Rechnungsjahr tatsächlich eingenommen oder ausgegeben sind, während Restbeträge anderer Haushaltsjahre hier nicht berücksichtigt sind.

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1914 schloß mit einer erheblich höheren Summe ab; er rechnete infolge der durch das Wehrgesetz erhöhten einmaligen Rüstungsausgaben im Ordinarium mit 3405,2 Mill. ℳ, im Extraordinarium mit einer gegen das Vorjahr verringerten Summe. Der Krieg

(von dem nur die ersten 8 Monate auf das Kalenderjahr entfallen) ließ die Ausgaben insgesamt (Ordinarium nnd Extraordinarium) auf 8653.8 Mill. anschwellen, während die Einnahmen, vornehmlich infolge der Aufhebung der Nahrungsmittelzölle und der Fehlbeträge bei Post, Telegraphie und Reichsbahnen, auf 1713,4 Mill. zurückgingen; einschließlich der eingegangenen Wehrbeitragzahlungen stellten sie sich auf 2350,8 Mill. ℳ. Nun aber wurden nicht nur die eigentlichen Kriegsausgaben auf das Extraordinarium übernommen, sondern auch die gesamten fortdauernden Ausgaben des Reichsheeres, des Reichsmilitärgerichts und der Marineverwaltung — und so stellt sich ein rechnungsmäßiger Überschuß im Ordinarium von 219,7 Mill. ℳ. heraus, der sich indessen in einen Fehlbetrag verwandelt, wenn man in das Ordinarium die laufenden Friedensausgaben für Wehrzwecke usw. einsetzt. Die Denkschrift geht ebenfalls von jener Fiktion aus. Nach ihr betragen (in Mill. ℳ.) im Jahre 1914:

Ordentliche Einnahmen		Ordentliche Ausgaben	
Reichsbetriebe.....	÷ 53,60	Zivilämter	222,27
Zölle, Steuern usw.	1767,04	Heer, Flotte usw. ..	988,56
Wehrbeitrag.....	637,39	Schuldendienst.....	442,41
Gesamteinnahme ..	2350,84	Gesamtausgabe.....	1653,24

Außerordentliche Ausgaben

Friedensausgabe	64,89	Kriegsausgaben der Zivilämter	61,30
Heer, Flotte usw.	6874,4	insgesamt.....	7000,59

Es wird kaum zweifelhaft sein, daß ein richtiges Bild von der Zulänglichkeit der deutschen Kriegsfinanzierung nur dann gewonnen werden kann, wenn man darauf verzichtet, das Ordinarium von Ausgaben zu entlasten, die — mindestens bis zum Herbst 1918 — als Hauptposten der regelmäßigen Ausgaben betrachtet werden mußten. Rechnet man von den 1913 ausgewiesenen 2021.98 Mill. rund eine halbe Milliarde ehemaliger Ausgaben ab, um die normale Friedensausgabe zu erhalten, so muß man von den im Extraordinarium ausgewiesenen 6874 4 Mill. Heeresausgaben 1521,98 — 988,56 = 533,42 Mill. absetzen und sie den ordentlichen Ausgaben zuzählen. Der „Überschuß“ von 219.7 Mill. verkehrt sich alsdann schon im ersten Kriegsjahr in einen Fehlbetrag von 314 7 Mill. Es ist dabei zu bedenken, daß diese beiden Zahlen nicht genau kommensurabel sind, da die Einnahmen und Ausgaben, wie oben bemerkt, nur die in dem Rechnungsjahr tatsächlich eingenommenen und ausgegebenen Beträge ausweisen, während jener „Überschuß“ unter Berücksichtigung der „Restbeträge“ anderer Rechnungsjahre ermittelt ist. Diese Inkongurenz gleicht sich indessen im Endergebnis einer Reihe von Jahren für unsere Zwecke aus. Die Spannung betrug im Ordinarium, wenn wir die Aufstellung der Denkschrift zugrunde legen (in Mill. ℳ):

	Rechnungsmäßiger Überschuß (+) oder Fehlbetrag (−)	Differenz von Einnahmen und Ausgaben im Ordinarium
1913	+ 20,95	− 2 8 64
1914	+ 219,71	+ 697,60
1915	— 22,31	— 50,39
1916	— 1104,49	− 944,42
Insgesamt ..	— 886,14	− 505,85

Der Einnahme-Rückgang hielt im Jahr 1915 an; die Zölle und die Besteuerung von Branntwein, Bier und Zucker brachten Mindererträge von fast einer halben Milliarde, das Gesamterträgnis blieb hinter dem der Vorjahre noch um fast 300 Mill. ℳ. zurück; einschließlich der Wehrbeitragsrate verfügte das Reich über 1735 2 Mill., während die Ausgaben (Ordinarium und Extraordinarium) auf 25708 4 Mill. angewachsen waren. In den amtlichen Aufstellungen gliedern sich diese Zahlen folgendermaßen (in Mill. ℳ.):

1915

ordentliche Einnahmen:		ordentliche Ausgaben:	
Reichsbetriebe.....	−42.20	Zivilämter.....	179.32
Zölle, Steuern usw. .	1469,56	Heer, Flotte usw...	287.60
Wehrbeitrag.....	307.84	Schuldendienst....	1318,68
Gesamteinnahme....	1735,20	Gesamtausgabe....	1785,59

Außerordentliche Ausgaben:

Friedensausgab.	13,92	Kriegsausgaben d. Zivilämter	478,
Heer, Flotte usw.	23430,04	Insgesamt	23922,8

Das „rechnungsmäßige“ Defizit wurde mit 22,3 Mill. ℳ. ausgewiesen. Es wäre erheblich größer gewesen, wenn nicht die Einnahmen aus Gewinnen der Reichsbank und der Darlehnskassen über 200 Mill. ℳ. höher gewesen wären als in Friedensjahren. Sie betrugen (einschl. der seit Kriegsausbruch aufgehobenen Notensteuer) in Mill. ℳ:

	Reichsbank:	Darlehnskassen:
1913	34,72	—
1914	43 62	—
1915	199 73	60 00
1916	190 32	60,00
1917	206,92	275,00

Zählt man aber den ordentlichen Ausgaben den Friedensetat des Heeres und der Marine in voller Höhe zu, so ergibt sich ein Fehlbetrag, der um 1234,38 Mill. höher ist. Es wurde Zeit, an die Erschließung neuer Einnahmequellen zu denken.

Der Reichstag bewilligte dann auch im Jahr 1916 650 Mill. ℳ neue laufende Steuern; daneben wurde ein Kriegsgewinnsteuer-Gesetz eingebracht, dessen Ertrag zur Tilgung von Reichsschulden verwendet werden sollte, soweit es nicht „zur Deckung eines rechnungsmäßigen Fehlbetrags im ordentlichen Haushalt des Jahres 1916 Verwendung finden würde.“ Dieser Fehlbetrag erreichte eine ansehnliche Höhe. Die laufenden neuen Steuern lieferten nur höchst enttäuschende Einnahmen: eine viertel statt zwei drittel Milliarden; insbesondere die Quittungssteuer versagte mit 24 Mill. (6 Monate), statt der errechneten 225 Mill. (12 Monate) völlig. Der Schuldendienst hatte sich dagegen mit 2,6 Milliarden gegen das Vorjahr annähernd verdoppelt. Nach der Denkschrift betrugen (in Mill. ℳ):

1916

ordentliche Einnahmen:		ordentliche Ausgaben:	
Reichsbetriebe	−50.51	Zivilämter	190.66
Zölle, Steuern usw..	2014 86	Heer, Flotte usw. ..	192 45
Wehrbeitrag	19.52	Schuldendienst.....	2590,74
Kriegsabgabe	37.96	Gesamtausgabe.....	2973.85
Zuschlag dazu	7,59		
Gesamteinnahme ...	2029,43		

Außerordentliche Ausgabe:

Friedensausgabe	10,07	Kriegsausgabe d. Zivilämter	1 181,82
Heer, Flotte usw.	23 557,45	Insgesamt	24 749,34

Das offizielle Defizit betrug 1104,49 Mill. ℳ (während der Voranschlag mit 480 Mill. ℳ gerechnet hatte). Überträgt man die ganzen Friedensheeresausgaben in das Ordinarium zurück, so ergibt sich ein noch um 1329,53 Mill. ℳ höherer Betrag, insgesamt also fast 2½ Milliarden.

Man hätte annehmen sollen, daß die Steuergesetzgebung nunmehr kräftiger und entschiedener behandelt worden wäre. Der Voranschlag für das Jahr 1917 rechnete indessen nur mit einem Defizit in Höhe des vorjährigen (1250 Mill. ℳ). Die Steuern, die die Regierung zu seiner Deckung vorschlug, enttäuschten auch diesmal. Die Abgabe vom Güterverkehr trat erst im Herbst in Kraft (und lieferte 64.5 statt 140 Mill. ℳ), die Abgabe vom Personenverkehr erst am 1. April 1918. Die Kohlensteuer erbrachte zwar in fünf Monaten 413 Mill. ℳ gegen eine Jahresschätzung von 495 Mill. ℳ. Aber diese Einnahme kann nur als rechnerische Deckung angesehen werden, da sie zum Teil vom Reich selbst als dem größten Besteller in Form erhöhter Preise zu zahlen war. Die Warenumsatzsteuer

blieb auch jetzt mit 112 Mill. ℳ um die Hälfte gegen die Ertragsschätzung von einer Viertelmilliarde zurück. Aber die Zigarettenbesteuerung erbrachte 402 Mill. gegen 66 Mill. im Jahre 1915 und 185 Mill. im Jahre 1916. Die Ausfuhrgebühren stiegen auf 281 36 Mill. (1916: 25,29 Mill., 1915: —); aus Gewinnen der Darlehnskassen wurden 275 Mill. gegen 60 Mill. in den beiden Vorjahren abgeführt, während die Abgabe der Reichsbank sich in der gleichen Höhe hielt. Die Einnahmen aus laufenden Steuern beliefen sich auf 2058,7 Mill. gegen 1092,1 Mill. im Vorjahr und 1013,7 Mill. im letzten Friedensjahr.

Daß diese Einnahmen im Ordinarium in der Endsumme weit über diese Zahl hinausgehen, ist nur auf den Eingang des Hauptteils der Kriegsgewinnsteuer, nebst ihres Zuschlags zurückzuführen. Er wurde, zusammen mit dem im Vorjahr eingegangenen Betrag, zur Deckung der rechnungsmäßigen Fehlbetrage der Jahre 1916 und 17 und zur Tilgung von 2177,99 Mill. ℳ Kriegsanleihe verwendet. Der Ausweis der Einnahmen und Ausgaben zeigt daher folgendes Bild:

1917

ordentliche Einnahmen:		ordentliche Ausgaben:	
Reichsbetriebe ...÷	139,80	Zivilämter	220,20
		davon: Abbürdung d. Fehlbetr. 1915:	22 31
Zölle, Steuern usw..	3117,06	Heer, Flotte usw...	172 74
Wehrbeitrag.....	10 37	Schuldendienst	6500,68
Kriegsabgabe.....	4035,59	davon: Tilgung gemäß Kriegssteuergesetz	2177.99
Zuschlag dazu	807,12		
Gesamteinnahmen ..	7830,34	Gesamtausgaben ...	4715 63
			+ 2177,99

Außerordentliche Ausgaben:

Friedensausgaben 15 05 Kriegsausg. d. Zivilämter 4320 34 *)
Heer, Flotte usw 37 868,07 Insgesamt..... 42203 46

Das rechnische Defizit des Jahres 1917 wird mit nur 891,08 Mill. ℳ angegeben. Durch Übertragung der Heeres- und Marineausgaben in Friedenshöhe ins Ordinarium erhöht sich die Summe um 1349,24 Mill. Die scheinbare „Tilgungsaktion" diente also im Grunde nur der Abbürdung unsichtbarer Fehlbeträge.

Wenn die Regierung im Voranschlag für das Rechnungsjahr 1918 den Fehlbetrag auf 2875 Mill. berechnete, so war diese Schätzung noch immer optimistisch zu nennen. Allein 2346 Mill. ℳ entfielen auf die Steigerung des Zinsendienstes für die infolge der Durchführung des Hindenburgprogramms immer höher sich auftürmenden Kriegsanleihen. Die Regierung legte dem Reichstag ein Bündel neuer Steuern vor, das jenes Defizit decken sollte; der Reichstag nahm sie an, fügte eine Kriegsgewinnsteuer für das Jahr 1918 hinzu und glaubte damit nicht weniger als 4381 Mill. ℳ Deckungsmittel bewilligt zu haben: rund 740 Mill. laufende Steuereinnahmen, die schon im Rechnungsjahr 1918 in Kraft sein werden, 1850 Mill. die nach dem Kriege in voller Wirksamkeit sein werden, und 1800 Mill. einmaliger Einnahmen im Jahre 1918.

Über die Ergebnisse der neuen Steuern, die zum Teil mit großer Verspätung in Kraft gesetzt worden sind (Umsatzsteuer und Reichsstempelabgaben zum 1. August, Getränkesteuern zum 1. September, Post- und Telegraphengebühren zum 1. Oktober 1918), zum Teil bei der Veranlagung große Schwierigkeiten bereiten (Umsatzsteuer, außerordentliche Kriegsabgaben) liegen nur für die ersten neun Monate des Rechnungsjahres Nachweisungen vor. Sie werden auch nicht annähernd 3/4 Milliarden zu den Einnahmen beitragen können. Es erbrachten (in Millionen ℳ):

	1917 (12 Monate)	1918 (9 Monate)
Wein	—	82,71
Schaumwein.....	14,38	21,45
Mineralwasser.....	—	7,52
Branntweinmonopol	—	—
Bier	20,19	9,23
Post und Telegraphie.....	146,75	99,00
Kauf- u. sonstige Anschaffungsgeschäfte.....	14,55	34,17
Warenumsätze.....	111,74	76,07
Geldumsätze	—	0,01
Luxus.....	—	13,83

Daß der Posten Zölle, Steuern und Gebühren, einschließlich der Einnahmen aus der Allgemeinen Finanzverwaltung schließlich trotz des Rückgangs der Zölle von 232,75 auf 119,13 Mill., trotz anderer Ausfälle und trotzdem keine Abgabe von den Gewinnen der Reichsbank ausgewiesen wird, die vorjährige Höhe erreicht, ist nur darauf zurückzuführen, daß die Einnahmen aus den Darlehnskassen auf 305 Mill., aus Ausfuhrgebühren auf 350 Mill. stiegen und daß einige ältere Steuern ansehnliche Mehrerträge gebracht haben (in Mill. ℳ):

	1917 (12 Mon.)	1918 (9 Mon.)
Zigaretten.....	132	176
Kriegsaufschlag.....	270	346
Güterverkehr.....	65	115
Personenverkehr.....	—	96
Kohlen.....	413	577

(Schluß folgt.) *Kurt Singer*

*) Diese Steigerung ist hauptsächlich bedingt durch Zahlungen der Allgemeinen Finanzverwaltung:

an die Türk. Regierung	78	Mill.	an Österreich-Ungarn . . . . 233 Mill.
zum Ausbau der Bagdadbahn .	249	„	Verbilligung d. Fleischzulage 478 „
an die bulgarische Regierung .	820	„	Kriegswohlfahrtspflege . . . 442 „

Das Schicksal unserer Auslandseffekten

Durch das Brüsseler Abkommen ist die Frage nach dem Schicksal unserer ausländischen Wertpapiere brennend geworden. Das Verständnis der getroffenen Vereinbarungen wird durch einen Überblick über die bisher auf den deutschen Bestand an Auslandseffekten in Anwendung gekommenen gesetzlichen Anordnungen erleichtert.

Zunächst wurde durch Bundesratsverordnung vom 23. 8. 1916 die Anmeldung ausländischer und im Ausland befindlicher Wertpapiere befohlen. Die Regierung hat dadurch Zahl und Gattung unserer ausländischen Wertpapiere kennen gelernt. Eine Bundesratsverordnung vom 8. Febr. 1917 bestimmte ferner, daß der aus dem Verkauf der Effekten erzielte Erlös der Kontrolle der Reichsbank oder der Devisenstellen unterliege und daß es einer Einwilligung der Reichsbank bedürfe, wenn im Wege des Tausches ausländische Ware gegen Wertpapiere erworben werden solle.

Mit Wirkung vom 24. März 1917 wurden ferner durch Verordnung vom 22. März 1917 die Voraussetzungen für eine Übernahme der ausländischen Wertpapiere aus Privatbesitz an das Reich geschaffen. § 1 dieser Verordnung lautet u. a.: „Der Reichskanzler kann anordnen, daß Wertpapiere, aus denen ein im Ausland ansässiger Schuldner haftet, oder durch die eine Beteiligung an einem im Ausland ansässigen Unternehmen verbrieft ist, einschließlich der Zeugnisse über die Beteiligung an ausländischen Aktiengesellschaften dem Reiche gegen angemessene Vergütung überlassen werden müssen." Es wurde weiter angeordnet, daß Wertpapiere der obenbezeichneten Art nur durch die Vermittlung der Reichsbank oder einer im Inland ansässigen Person oder Firma, die gewerbsmäßig Bankiergeschäfte betreibt, nach dem Ausland versandt oder überbracht werden dürfen. Auch wenn die betreffenden Wertpapiere sich schon im Auslande befinden, dürfen sie nur durch Vermittlung der obenangegebenen Stellen an eine im Ausland ansässige Person oder Firma veräußert oder verpfändet werden. Auskunftserteilung über die betreffenden Wertpapiere an die Regierung wurde zur Pflicht gemacht.

Zins-, Gewinnanteil- und Erneuerungsscheine gelten nicht als Wertpapiere im Sinne dieser Verordnung.

Von einer freien Verfügung über die Wertpapiere konnte danach schon bislang keine Rede mehr sein. Die Notwendigkeit, auf den deutschen Besitz an Auslandseffekten zur Bezahlung der Einfuhr von Lebensmitteln zurückzugreifen, führte dann zu einem Gesetz, das in der Nationalversammlung am 1. März 1919 zur Annahme gelangte, wonach die Regierung ermächtigt ist, durch den Reichsminister der Finanzen die Ausfuhr dieser Effekten oder ihre Veräußerung oder Verpfändung an eine im Auslande ansässige Person zu verbieten. Ein entsprechender Passus wurde in die oben wiedergegebene „Bekanntmachung über ausländische Wertpapiere vom 22. März 1917" § 2 hinter Abs. 3 als 4. Absatz eingefügt. Die durch jene Bekanntmachung getroffene Begriffsbestimmung der Wertpapiere wurde beibehalten. Noch am 1. März wurden die Postüberwachungsstellen durch das Reichsschatzamt angewiesen, keine Auslandseffekten mehr durchzulassen. Unter dem 3. März 1919 erließ der Reichsfinanzminister eine nähere Anordnung. Danach werden österreichische, ungarische, bulgarische und türkische Wertpapiere nicht betroffen. Das Ausfuhrverbot findet keine Anwendung, wenn laut beizufügender Bescheinigung der Reichsbank oder einer Devisenstelle ausländische Wertpapiere nur zum Bezuge von Zins- oder Gewinnanteilscheinen, zum Umtausch oder zur Abstempelung auf Konversionen, zur Ausübung von Stimm- und Bezugsrechten, oder fällige ausländische Aktien und Obligationen zum Zwecke der Einlösung versandt oder übermacht werden. Der Reichsminister der Finanzen kann ferner Ausnahmen von dem Verbot zulassen.

Dies ist vorgesehen worden, um eine Handhabe zur Abwendung gewisser Härten zu geben. In eine schwierige Lage waren besonders solche Besitzer ausländischer Wertpapiere geraten, die dieselben bereits vor Erlaß des Ausfuhrverbots ins Ausland veräußert, sie aber noch nicht dahin ausgeführt hatten. Sie konnten nun die dem ausländischen Gläubiger gegenüber eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllen. Die Wertpapiere waren zum Teil geradezu im Interesse der deutschen Valuta, womöglich sogar von Vertretern der Reichsbank, im Ausland verkauft worden. In einem Telegramm des Finanzministers an die Frankfurter Handelskammer (vergl. „Frankf. Ztg." Nr. 202 v. 16. 3. 19) wurde nun folgende Entscheidung getroffen: „Sofern Sie dem Reichsbankdirektorium in Berlin nachweisen, daß die ausländischen Wertpapiere nach dem Ausland mit Verpflichtung zur Lieferung an das Ausland verkauft und vor dem 4. März d. Js. bei der Post zur Absendung aufgeliefert sind, und wenn Sie sich verpflichten, den Gegenwert in der betreffenden ausländischen Währung der Reichsbank zu überlassen, wird die Reichsbank die Bescheinigung erteilen, auf Grund deren die Postüberwachungsstellen angewiesen sind, die Ausfuhr zuzulassen."

Das Ausfuhrverbot gilt nach dem Gesetz vom 1. März nur bis 31. März 1919; es wurde später bis zum 31. Mai 1919 verlängert. Inzwischen ist durch das Brüsseler Abkommen eine neue Situation eingetreten. Und zwar ist zweierlei zu beachten. Zunächst sollen die ausländischen Wertpapiere zur Bezahlung der einzuführenden Lebensmittel dienen. Wir können die Effekten sowohl verkaufen als auch verpfänden. Aber wir besitzen keineswegs volle Verfügungsfreiheit über unseren Effektenbesitz, sondern es ist eine Grenze gezogen, bis zu der wir bei der Bezahlung gehen dürfen. Nur im Höchstbetrag von insgesamt 200 Mill. Dollar, heute ca. 1¾ Millionen ℳ, ist es uns erlaubt, Gold und ausländische Wertpapiere zur Deckung unseres Bedarfs an Lebensmitteln zu verwerten. In dieser Summe sollen nur nicht eingeschlossen sein die Gegenwerte an Gold und Effekten, die für die ersten von den Alliierten selbst zu liefernden 270 000 t schon bestimmt sind. Rechnet man diese hinzu, so steigt die Summe auf höchstens 2½ Milliarden ℳ. An Gold haben wir zunächst 11 Mill. £ Sterling, das ist zu Friedensparität 224 Mill. ℳ, zu deponieren, um überhaupt die ersten 270 000 t zu bekommen. Sind dafür andere Zahlungsmittel oder ausländische Wertpapiere gestellt, dann soll dieses Gold angeblich wieder zu unserer Disposition stehen.

Die Begrenzung des Betrages der Wertpapiere, die wir namentlich an die Neutralen zur Bezahlung der Lebensmitteleinfuhr abstoßen können, ist im höchsten Grade verdächtig. Sie führt uns auf den zweiten hier in Betracht kommenden Punkt der Brüsseler Abmachungen. Die Entente will sich den Rest der Effekten für die Zwecke der Kriegsentschädigung sichern. Die Reichsregierung muß daher die ausländischen Wertpapiere in deutschem Besitz nunmehr beschlagnahmen. Das ist zwar an sich noch nicht gleichbedeutend mit Enteignung. Aber man muß sich auf das schlimmste gefaßt machen. Die deutschen Eigentümer von Wertpapieren sind von schwerstem Schaden bedroht, wenn die feindlichen Staaten sich auf diese Weise, dem Völkerrecht zuwider, privaten Besitz aneignen. Namentlich die deutschen Schuldner ausländischer Gläubiger sind übel daran. Sie müssen die ausländische Valuta zur Bezahlung ihrer Schulden nun auf andere Weise erwerben, was bei dem schlechten Markkurs mit großen Verlusten verbunden ist. Dabei haben viele Firmen bereits zu dem Mittel gegriffen, die in Deutschland erhältlichen Auslandswerte selbst zu wesentlich erhöhten Preisen anzukaufen, um damit ihre ausländischen Verpflichtungen nach Friedensschluß zu erfüllen. Dadurch wird die durch eine Enteignung eintretende Einbuße noch vergrößert. Eine Entschädigung derer, die sich in solcher oder ähnlicher Lage befinden, durch den Staat wäre daher nur recht und billig. An dem Willen der Entente, sich unsere Effekten anzueignen, kann auch darum kaum noch gezweifelt werden, weil Versuche der Entente bekannt geworden sind, neutrale Bankinstitute zu Auskünften und zur Sperrung der bei ihnen liegenden Guthaben und Depots Deutscher zu veranlassen.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

Kanada vor und nach dem Kriege

Kanada war die Provinz, die in England in den dem Kriege vorangehenden Jahren die meisten Leute interessierte. Von dem Landarbeiter, den glänzende Lohnbedingungen über das Wasser riefen, bis zum Citymagnaten, dem jeden Tag neue kanadische Projekte vorgelegt wurden, hatten alle praktisches persönliches Interesse an Kanada. Daß in Kanada die männliche Bevölkerung die weibliche um ca. 13% überwiegt (in Brit. Columbia sind sogar nur ⅓ der Bevölkerung Frauen und ⅔ Männer) erscheint uns eine trockene, statistische Zahl. Ihre praktische Bedeutung zeigte sich, wenn man hörte und sah, wie Dienstmädchen zu Dutzenden auf vorzügliche Heiratsangebote wohlhabender, kleiner Farmer aus England nach der Kolonie auswanderten, eine Tatsache, die die damals geradezu schon fürchterliche Dienstbotennot noch verschlimmerte. Direkte und indirekte Erwerbsmöglichkeiten in Kanada waren das Tagesgespräch von der Küche bis zum Büro.

Allerdings war man kurz vor dem Kriege schon ein wenig ängstlich geworden, sah Kanada wie eine Treibhaus-

pflanze an, die zu rasch ins Kraut geschossen war. Die Volkszählung von 1911 — wie lebhaft war sie nicht diskutiert worden, wie viele Wetten waren nicht darauf abgeschlossen worden! — brachte eine Enttäuschung. Ihr Ergebnis war 7 200 000 Einwohner, während Sanguiniker auf 9 bis 10 Millionen geschätzt hatten. Also ganz so rasch, wie manche geglaubt hatten, war Kanada nicht gewachsen, aber immer noch rasch genug. Die Zuwachsrate in den letzten zehn Jahren war 34,2 % gewesen, die der der Vereinigten Staaten in den Jahren stärkster Entwicklung gleich kam. Dabei sah es aber im Staatshaushalt keineswegs glänzend aus. Das Jahr 1913/14 hatte eine passive Handelsbilanz von 173 Mill. $ ergeben, bei einem Schuldnerstaat wie Kanada ein keineswegs erfreuliches Resultat. Trotzdem wandte es sich mit solcher Energie an den Londoner und Newyorker Geldmarkt, daß einsichtsvolle Kreise schon um 1913 recht spröde geworden waren. Früher war die Parole gewesen: Abgesehen von den internationalen „Canadian Pacifics" nimmt Kanada Geld für „sichere" Sachen (Staats- und Stadtanleihen) von London, für „spekulative" Zwecke (Industrie- und Bergwerkswerte) von New York. Nun hatten sich aber schon derartig kleine Städte an den englischen Markt gewandt, daß die Prospekte der Hausieragenten, die mit ihren Anreißformularen direkt zum Kapitalisten gingen, die Sicherheit recht fraglich erscheinen ließen. Wo kam die Berechtigung von „Städten" mit 500 Einwohnern her, ihre Anleihen im Auslande beim Kleinkapitalisten abzusetzen? Gleichzeitig appellierte die kanadische Industrie stark an den Londoner Markt, an dem schon 1914 über 100 Mill. $ offiziell gehandelt wurden. Darunter war viel minderwertiges Zeug mit pompöser irreführender Bezeichnung. Manche „First Mortgage Sinking Fund Sterling Bonds" waren im Grunde nicht mehr als spekulative Vorzugsaktien. Dabei ging die Industrie keineswegs glänzend. Die Eisenindustrie hatte schwer zu kämpfen, der Zementindustrie gelang es nicht, in England festen Boden zu fassen und die heimische Bautätigkeit lag danieder. Geld war in Kanada teuer und Hypotheken auf gute Geschäftshäuser in Städten im Westen waren nicht unter 8 % zu haben. Dazu kam noch eine krankhafte Spekulation in Bauland. Animieragenten bereisten England und forderten, oft erfolgreich, Privatleute zur Spekulation in Bauländereien von Städten auf, deren Namen man kaum auf der Karte fand. Manche, die eilig an Dümmere weiter verkauften, strichen guten Gewinn ein, und den letzten bissen die Hunde.

Als Haupttrumpf führten alle Propagandazirkulare die allerdings sehr starke Einwanderung auf, die seit 1911 noch gestiegen war. Kanada steuerte mit Riesenschritten auf die früher vermißten Millionen zu, wie die folgenden Zahlen zeigen:

Einwanderer aus:	England	Ver. Staaten	anderen Ländern	Summe
1911.....	123 013	121 451	66 620	311 084
1912.....	138 121	133 710	82 406	354 237
1913.....	150 542	139 009	112 881	402 432
1914.....	142 622	107 530	134 726	384 887

Nebenbei sei bemerkt, daß Deutsche und Österreicher nur mit je rund 5000 Köpfen an der Einwanderung beteiligt waren. Die Gesamtbevölkerung dürfte etwa 3 % deutsche und österreichische Elemente enthalten.

Besonders beachtenswert ist die starke Quote der Vereinigten Staaten, die für den Staatshaushalt von großer Bedeutung war. Es waren meist Farmer, die ihr Land in den Staaten teuer verkauft hatten, mit dem Erlös nach Kanada übersiedelten, wo sie ähnliche Arbeitsbedingungen und billigeres Land — Land in Kanada dürfte ceteris paribus nur ein Drittel des Landes in den Staaten kosten — erwarteten. Die einwandernden Amerikaner brachten 1913 nahe an 26 Mill. $ Geld und Geldeswert mit sich und im folgenden Jahre 22 Mill., das macht pro Kopf 2000 $, während man den entsprechenden Betrag im Jahre 1908 auf nur 1000 $ geschätzt hatte.

Den Amerikanern stehen an Zahlen die Engländer gleich, an Beliebtheit sind sie ihnen unterlegen, wenn auch noch immer brauchbares Menschenmaterial liefernd. Nur ein Bruchteil von ihnen hatte schon Erfahrungen im Landbau oder brachte gar die Mittel zum Betrieb von Farmen mit. Sie waren meistens gewöhnliche Arbeiter oder junge Leute aus Bürgerkreisen, die im Büro nicht gut taten. Es läßt sich nicht leugnen, daß die englische, sportfanatische Erziehung viele junge Leute auf die Beine stellt, die sich in ein rauhes Leben mit Anstand schicken und tüchtige, sich rasch heraufarbeitende Landbesteller werden. Dem britischen Bürger wurde für 10 $ Gesamtgebühren eine Heimstätte von 65 ha gewährt, die nach 3 Jahren sein freies Eigentum wurde, vorausgesetzt, daß er den nicht allzu belastenden Vorschriften über Anbau, Errichtung von Gebäuden usw. nachgekommen war. Von fachmännischer Seite wurde behauptet, daß hierzu ein Kapital von etwa 2500 $ nötig war. Im Jahre 1912 waren 35 538, im folgenden Jahre 31 499 derartige Heimstätten überschrieben worden. Das so überwiesene Land war wohl erträglich, aber nicht mehr. Ein oft verfolgter Arbeitsplan war, daß ein Siedler eine Heimstätte übernahm, urbar machte, und so gut weiter verkaufte, um sich selber in besserer Gegend niederzulassen.

Wie schon erwähnt, kamen für die Heimstätten nur britische Bürger in Frage, aber die Deutschen und andere Nationen, die herüber kamen, hatten es nicht schwer, das Bürgerrecht zu erwerben. Es genügte (bis 1914), daß der Ausländer 3 Jahre in Kanada gelebt hatte. Auch sollte er angeblich der englischen oder französischen Sprache mächtig sein. Doch genügte es, wenn er ein paar Phrasen herunterleiern konnte. Bemerkenswert ist eine Diskussion, die im Senat 1914 stattfand, bei der Senator Watson die deutsche Sprache der englischen und französischen gleichsetzen wollte.

Jedenfalls gehörte der Deutsche noch zu den willkommenen Siedlern, viel weniger der Italiener, Galizier usw. Diese kamen mehr als Eisenbahnarbeiter und Fabrikarbeiter in Frage. Die großen Eisenbahnbauten sind so gut wie abgeschlossen und schon 1910—14 hatte eine planmäßige Erziehung der überflüssig gewordenen Eisenbahnarbeiter zum Landarbeiter zu erfolgen. Auch werden Vertreter der letzterwähnten Nationen nicht gern gesehen, da sie durch überaus einfache Lebensführung wenig zur Hebung des Inlandhandels beitragen.

Ganz und gar unbeliebt sind die Asiaten. Im Frühjahr 1914 hatte der Premierminister von Br. Columbia den stark unterstützten Antrag gestellt, alle Chinesen, Japaner und Indier aus der Provinz auszuweisen. Hier liegt also der merkwürdige Fall vor, daß eine englische Provinz Bürger einer anderen auszuweisen sucht. Der Fall spitzte sich sehr zu, als 400 Hindus an der Landung tatsächlich verhindert wurden. Trotz in Indien drohender Revolution erklärte im Juni 1914 ein eigens eingesetzter Gerichtshof, daß ein kanadisches Parlament das volle und uneingeschränkte Recht habe, die Einwanderung zu kontrollieren und gegebenenfalls sogar britische Untertanen aus britischen Ländern zurückzuweisen.

Diese, wie man zugeben muß, für das britische Reich als Ganzes unendlich bedeutende Entscheidung wäre sicher der Ausgangspunkt für einschneidende legislative und ökonomische Maßnahmen hüben und drüben geworden, wenn nicht wenige Wochen später der Krieg ausgebrochen wäre.

*

Der Krieg brachte einen derartigen Umschwung in der Lage Kanadas hervor, daß wir, um die heutige Situation verstehen zu können, die wichtigsten Handelszahlen (Spezialhandel) betrachten müssen.

Ausfuhr (in Mill. $)

	nach England	nach Ver. Staaten	insgesamt
1914/1915	186,7	173,3	409,4
1915/1916	451,9	201,1	741,6
1916/1917	742,1	280,6	1151,4
1917/1918	845,4	417,8	1540,0
1. 4. 18/31. 12. 18.	—	—	947,3
[1. 4. 17/31. 12. 17].	—	—	[1257,6]

Einfuhr (in Mill. $)

	von England	von Ver. Staaten	insgesamt
1914/1915	90,1	296,6	455,4
1915/1916	77,4	370,5	507,8
1916/1917	107 0	664,2	845,3
1917/1918	81,3	791,9	962,5
1. 4. 18/31. 12. 18.	—	—	706,8
[1. 4. 17/31. 12. 17].	—	—	[702,4]

An den Zahlen fällt in die Augen, daß aus der passiven eine aktive Handelsbilanz geworden ist, nachdem der ökonomische Anprall der ersten Kriegsmonate überwunden war. Aber schon das Ergebnis der letzten 9 Monate, die 2 Monate Waffenstillstand in sich begreifen, zeigen, daß die Zahlen nicht so günstig bleiben werden. Während 1917/18 ein aktives Saldo von etwa 580 Mill. $ hatte, dürfte das für 1918/19 kaum die Hälfte erreichen. Zu tieferem Verständnis wollen wir die Ausfuhrzahlen weiter analysieren:

Ausfuhr nach Wirtschaftszweigen (in Mill. $)

	Bergbau	Fischerei	Holz	Viehzucht	Ackerbau	Industrie	Verschiedene
1914/15	51,7	19,7	42,7	74,4	154,7	85,5	0,7
1915/16	66,6	22,4	51,3	102,9	249,7	242,0	6,8
1916/17	85,6	24,9	55,9	127,8	373,4	477,4	6,4
1917/18	73,8	32,6	51,9	172,7	567,7	636,6	4,7

Man sieht also, daß als Absatzland England (Getreide, Munition) und als Bezugsland die Vereinigten Staaten (Rohmaterial und Halbmaterial für Munition, auch Kohlen) immer wichtiger geworden sind. Der Wertzuwachs der Ausfuhr liegt fast ganz auf dem Gebiete der industriellen Erzeugnisse (Munition), der Feldfrüchte (Weizen, Roggen usw.) und der Viehwirtschaft (Käse). Nun muß aber namentlich in bezug auf die Feldfrüchte unterstrichen werden, daß die günstigen Zahlen einem Wertzuwachs und keiner Massenvergrößerung zu danken sind.

Kanada wird sich in Zukunft hauptsächlich auf seine Bodenprodukte zu verlassen haben und deshalb sind die diesbezüglichen Zahlen besonders wichtig. Zwar ist die bebaute Fläche (nach „France-Amérique" März 1919), von 8,3 Mill. ha in 1914 auf 11 Mill. ha in 1918 gestiegen, aber die Produktion hat damit keineswegs gleichen Schritt gehalten. Von dieser Landerschließung kommen 1¾ Mill. ha auf Weizenland. Nun ist aber der Ertrag vom ha („Bulletin de Stastique Agric. & Commerciale" Février 1919) in dz:

	Weizen	Hafer	Roggen
1918	8,2	11,8	11,7
Durchschnitt 1912/16	14,1	14,7	12,2

Also ist der Wertzuwachs nur eine Folge der ungeheuer hohen Getreidepreise. In der Tat sind die erzielten Preise (nach obiger Quelle);

(Durchschnittszahlen in frs für den dz):

	Weizen	Hafer
13. 2. 1913	16	11
15. 2. 1918	42	22

Dabei waren die Preise für Hafer im Januar 1919 noch etwa 10 % höher. Da sich kaum annehmen läßt, daß die Preise so hoch bleiben, hat Kanada mit sehr viel verringerter Einnahme für seine Ernte zu rechnen. Die Gründe für den Rückgang des ha-Ertrages sind: Inangriffnahme kürzlich urbar gemachten Landes, ungeübte (Frauen und Kinder) und minderwertige, an Zahl überhaupt ungenügende, Arbeiter, Mangel an Düngemitteln.

Günstiger als die Fruchtwirtschaft steht die Viehwirtschaft da:

(in Mill. nach „France Amérique", März 1919)

	Kühe	anderes Rindvieh	Schweine
vor dem Kriege	2,6	3,4	2,9
heutige Schätzung	3,6	6,5	3,6

Kanadisches Vieh, sowie Käse, dürfte also auf dem Weltmarkt allmählich wichtig werden.

Alles in allem wird der Boden und was unmittelbar auf ihm und von ihm wächst und lebt, der Hauptfaktor in Kanadas Wirtschaftsgetriebe der nächsten Zukunft sein. Zu erwähnen ist hier, daß die zum Teil sehr umfangreichen Betriebe für künstliche Bewässerung zum Besten des Landes durchgeführt und ausgebaut werden müssen. Durch genügende Bewässerung ist der Weizenertrag pro ha in Alberta auf manchen Strecken verdoppelt worden.

Neben der Landwirtschaft wird wahrscheinlich die Produktion an industriellen Rohstoffen und Fabrikaten nur eine verhältnismäßig unbedeutende Rolle spielen, obgleich die letzten absoluten Zahlen keineswegs klein sind.

Kanada hat ziemliche Mineralschätze. Die Jahresausbeute an Gold, Silber, Kupfer, Nickel ist auf rund 15 Mill. $ zu veranschlagen. (Diese und unmittelbar folgende Zahlen nach: „Canada's Future" ed E. Victor, Toronto 1916.) Dazu kommen noch Asbest (3½ Mill.), Kohle (32 Mill.), Naturgas (3 Mill.), Zement (7 Mill.), alles in allem eine Ausbeute von 150 Mill. $ im Jahre. Hier darf aber nicht übersehen werden, daß die Kohlen ungenügend für den heimischen Verbrauch sind. Entschädigt wird das Land durch seine auf 18¾ Mill. PS. geschätzten Wasserkräfte, von denen aber erst etwa 10 % erschlossen sind. Hier sind also Riesenkapitalien erforderlich, die die nächste Zukunft kaum bringen wird.

Wieweit die kanadische Industrie den neuen Friedensanforderungen genügen wird, bleibt abzuwarten. Die Zahlen der Kriegsproduktion geben da keinen Anhaltspunkt. Die während des Krieges aufgenommene Kupfer- und Nickelverhüttung dürfte auch weiter gewinnbringend sein. Fraglicher erscheint das schon bei der Eisenindustrie, die sich mehr auf elektrische Prozesse zu werfen hat. Ein guter Markt dürfte bei besseren Verfrachtungsmöglichkeiten für Holz und Holzartikel sein. Im allgemeinen läßt sich wenig sagen, da erst im Dezember 1918 die sehr einschnürenden „Trade restrictions" aufgehoben wurden, so daß erst in den letzten Monaten den Firmen der Ingenieurindustrie erlaubt ist, Bestellungen von Privaten auszuführen.

Alles hängt davon ab, inwieweit es die Leiter der Betriebe im Augenblick verstehen, umzusteuern. Arbeiter stehen ihnen im Überfluß zur Verfügung. Die Frage ist nur, ob sie sie beschäftigen können.

Ein interessanter Artikel der „Gazette-Montreal" vom 30. 1. 1919 über Arbeiterverhältnisse sagt klipp und klar, daß Kanada als Einwanderer nur Landarbeiter gebrauchen kann. Fabrikarbeiter, gelernte und ungelernte, auch Kaufleute, Schreiber usw. sind im Augenblick im Überfluß da. Auch die „Times" berichtete kürzlich, daß in Toronto allein 12 000 Arbeitslose herumlaufen. Das sind meist aus den Munitionsfabriken Entlassene, deren Menge einen gefährlich guten Nährboden für die kommunistischen Ideen bildet. Dazu kommen noch die heimkehrenden Soldaten. Wie ungeduldig sie auf ihre Heimkehr warten, beweisen die nicht unbedeutenden Revolten in den Lagern in England, die jedenfalls einen Rückschluß auf die Siedetemperatur der Stimmung bei den schon an und für sich als disziplinlos bekannten Truppen erlaubt. Von den zurückkehrenden Soldaten haben 150 000 erklärt, Heimstätten übernehmen zu wollen. Das ist natürlich der Regierung genehm, die ihnen sogar mit einem Kapital von 2500 $ pro Kopf

zur Anschaffung von Geräten, Bau von Häusern usw. aushelfen will. Überhaupt hat die Regierung ein umfangreiches (ob genügendes ? ?) Programm aufgestellt, um allen Klassen gerecht zu werden. 25 Mill. $ dieses Jahr und 30 Mill. 1920 sind für den Bau von Schiffen, 100 Mill. für Wegbau, 80 Mill. für Eisenbahnbau und 25 Mill. $ Hilfe für Soldaten vorgesehen. Der Welland-Kanal und der Ausbau des Hafens von Toronto sind die wichtigsten der in Aussicht genommenen Arbeiten. Die Löhne sind im allgemeinen hoch: Durchschnittslohn 1915 563 $, 1917 827 $. Ihnen entsprechen die Lebensmittelpreise und von unterrichteter Seite (vgl. „Times-Annual Financ. & Com. Rev." 21 1. 1919) wird kaum angenommen, daß sie in Bälde zurückgehen werden.

Die Finanzlage ist zwar gebessert durch den Krieg, aber keineswegs ist Kanada „über den Berg". Es ist schwer, sie in wenigen Worten zu erläutern, da die Transaktionen zwischen Mutterland und Kolonie sehr verwickelt waren. Die kanadische Regierung hat der englischen erhebliche Summen zum Ankauf von Munition vorgestreckt. Diese Gelder wurden der kanadischen Regierung von heimischen Banken geliehen, die ihrerseits Deckung durch lang- und kurzfristige Staatsschulden erhielten. Ebenso griffen die Banken mit einem Höchstkredit von 100 Mill. $ zur Bezahlung der Ernte ein. Daneben laufen noch Verrechnungskredite von 530 Millionen, die sich die englische und kanadische Regierung zur Erhaltung der kanadischen Truppen im Felde gaben. Als Resultat aller dieser und anderer, kaum übersehbarer Transaktionen sieht das Budget (Schätzung) *) für 1918/19 folgendermaßen aus:

Ausgaben (Mill. $)		Einnahmen (Mill. $)	
Staatsunterhalt	230	Staatseinnahmen	270
Kriegsausgaben	425	Vorschuß von England	300
Vorschuß an England	325	Rest von Anleihe	130
	980		700

Es bleibt also ein Fehlbetrag von 280 Mill., der durch Anleihen aufzubringen ist. Das „Montreal Journal of Commerce" machte August 1918 einen Anschlag der Aktiven des Staates von 1132 Mill., denen 2287 Mill. $ Passiven gegenüberstanden. Schließlich muß man noch berücksichtigen, daß Kanada jedes Jahr viele Millionen an Dividenden und Zinsen für im Auslande befindliche industrielle und städtische Obligationen und industrielle Aktien aufzubringen hat, denen nur geringe Einkünfte kanadischer Sparer entgegenzustellen sind. Das sind alles Zahlen, die den am Ruder befindlichen Staatsleuten tief zu denken geben müssen. Handel und Landwirtschaft müssen stark und gewinnbringend exportieren, da auf einen Kapitalzufluß vom Ausland wie vor dem Kriege kaum gerechnet werden darf.

So muß Kanada scharf nach Absatzmärkten Umschau halten. Das kommt in den Ausdehnungsbestrebungen seiner Banken zum Ausdruck. Erwähnt seien die erfolgten oder beschlossenen Niederlassungen: Bank of Montreal in Paris, Royal Bank of Canada in Wladiwostok, Buenos Ayres, Montevideo und Rio de Janeiro, Union Bank of Canada (gemeinschaftlich mit Nat. Park Bank of New York) in Yokohama, San Francisco, Seattle usw. In der heimischen Presse wird die Werbetrommel für Beachtung des Außenhandels mächtig gerührt. Eine bestimmte Gruppe befürwortet natürlich die Bevorzugung des Handels zwischen England und Kanada. Nach der „Times" v. 4. 3. hat die Federation of British Industries zwölf Vertreter des Handels unter den zurzeit in England sich aufhaltenden Truppen zu einer Besichtigung der englischen Industrien eingeladen. Auch soll ein Vertreter von England nach Kanada geschickt werden. Doch bevor Kanada an wirklich großzügigen Handel denken kann, bedarf es einer Handelsflotte oder zum mindesten direkter Verbindung nach Südamerika. Bisher gehen alle Verschiffungen über New York. Sehr wichtig ist auch die Entwicklung des Bahnnetzes und die Verfolgung einer einsichtigen Eisenbahnpolitik. Doch liegt die Frage der kanadischen Bahnen zu verwickelt und ist andererseits zu wichtig, um hier kurz abgehandelt zu werden. Mit ihr soll sich demnächst ein eigener Artikel befassen.

Dr. Kurt Loewenfeld

Deutschland

Die Industrie im März

Produktionsstatistik

Die in den Kriegsjahren geheimgehaltene Statistik des oberschlesischen berg- und hüttenmännischen Vereins wird nunmehr veröffentlicht. Es betrug die Förderung (in 1000 t):

Jahr	Steinkohlen	Eisenerze	Zinkerze	Bleierze
1912	41 543	165	522	49
1913	43 801	138	508	53
1914	37 409	119	435	44
1915	38 397	129	371	41
1916	42 067	118	435	59
1917	43 031	82	438	47

Die Koserzeugung ging 1914 von 2 20 auf 2.11 Mill. t zurück. 1917 betrug sie 2 66 Mill. t. Über die Weiterverarbeitung und Herstellung von Fertigfabrikaten gibt folgende Tabelle Auskunft (in 1000 t bzw. ℳ):

Jahr	Fertigfabrikate	Eisenbahn-Oberbaumaterial	davon Grobbleche	davon Feinbleche	Geldwert
	t	t	t	t	ℳ
1912	950	109	126	113	137 044
1913	957	171	137	119	133 233
1914	798	143	112	85	105 831
1915	717	119	86	87	121 332
1916	746	146	97	100	185 693
1917	681	108	77	110	220 897

*) Das kanadische Geschäftsjahr läuft vom 1. April bis 31. März. Kanada hat Dollarwährung. 4,86²/₃ $ entsprechen 1 £.

1912—1917 betrug die Arbeiterzahl 197 062 199 375 188 873. 173 381, 216 301 und 237 489 in dem jeweiligen Jahr (ohne Kriegsgefangene). („Deutsche Allg. Ztg." Nr. 135 v. 20 3 19)

Die Roheisenerzeugung Deutschlands stellte sich im November und Dezember 1918 wie folgt (in 1000 t):

Bezirke	Nov 18	Dez 18	Nov 17	Dez 17
Rheinland-Westfalen	356	312	493	499
Siegerland und Hessen-Nassau	55	37	77	84
Schlesien	44	32	62	61
Nord Ost und Mittel-Deutschland	51	43	69	63
Süd-Deutschland	13	10	15	13
Zusammen	519	434	1008	977

Infolge der Besetzung Lothringens, Luxemburgs, des Saargebiets und der bayerischen Rheinpfalz liegen Angaben für diese Gebiete nicht vor. Ihre Produktion ist jedoch in die obigen Gesamtsummen für Nov. und Dez. 1917 mit einbezogen. Ebenso verhält es sich mit den folgenden Zahlen über die Flußeisenerzeugung (in 1000 t):

Bezirke	Nov. 18	Dez. 18	Nov. 17	Dez. 17
Rheinland-Westfalen	490	360	767	716
Schlesien	78	41	126	115
Siegerland und Hessen-Nassau	13	3	26	24
Nord-Ost- und Mittel-Deutschland	51	32	80	69
Königreich Sachsen	24	11	36	31
Süd-Deutschland	11	6	21	17
Zusammen	667	453	1336	1210

Dasselbe gilt schließlich für die Walzwerkserzeugung (einschl. angegliederter Schmiede- und Preßwerke, in 1000 t):

Bezirke	Nov. 18	Dez. 18	Nov. 17	Dez. 17
Rheinland-Westfalen	318	241	578	301
Schlesien	52	31	83	74
Siegerl., Kr. Wetzlar u. Hessen Na.	11	6	26	19
Nord- und Mittel-Deutschland	33	22	47	44
Königreich Sachsen	14	10	17	11
Süddeutschland	6	4	13	10
Zusammen	434	314	943	821

(„Stahl und Eisen" Nr. 12 v. 20. 3. und Nr. 10 v. 6. 3. 1919.)

Produktion und Preisbildung.

Nach Mitteilungen der Deutschen Ammoniak-Verkaufsvereinigung zu Bochum hat die Ammoniakerzeugung im Okt. 18 auf 25 % schwefelsaures Ammoniak umgerechnet noch 31 000 t betragen und ist seitdem zurückgegangen auf monatlich etwa 18—19 000 t. Obwohl die Lieferungen zur Munitionsherstellung wegfielen, sind die Mengen, die der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden können, kaum so groß wie zur Kriegszeit. Auf den der Vereinigung angeschlossenen Werken lagern rund 35 000 t schwefels. Ammoniak, das ist kaum ¼ der Mengen, die in normalen Zeiten im Frühjahr bereitstanden. („Deutsche Bergw.-Ztg." Nr. 59 v. 11. 3. 19.)

In der Zinkindustrie scheint Überproduktion zu herrschen. Mit dem Waffenstillstand verminderte sich nämlich der Verbrauch an Zink, das für Zünderfabrikation und dergl. in großem Umfange verwandt wurde. Früher hatte man angenommen, daß während der rohstoffarmen Übergangszeit Zink in hervorragendem Maße bei Armaturen als Ersatz für Kupfer und Messing verwendet werden würde. Die Vorräte an diesen Metallen sind aber viel größer als erwartet wurde. („Frankft. Ztg." Nr. 202 v. 16. 3. 19.) Die A.-G. für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stollberg und in Westf. hat ihre Dortmunder Zinkhütte stillgelegt. („R. W. Z." Nr. 218 v. 14. 3. 19.)

Im Lübecker Bezirk befürchtet die Schwefelsäure- und Superphosphatindustrie, daß sie aus Mangel an Rohstoffen zur völligen Betriebseinstellung gezwungen wird. Diese Industrie benötigt die Zufuhren aus Nord-Amerika und Nord-Algier. („Deutsche Allg. Ztg." Nr. 138 v. 22. 3. 19.)

Auf dem Hochofenwerk Lübeck mußte ein Hochofen ausgeblasen werden. („Hamb. Nachr." Nr. 152 v. 24. 3.)

Die Uhrenfabrik A.-G. vorm. Köhler & Ehmann in Lauchamholz b. Nürnberg ist nach Mitteilungen in der Generalvers. schon mit Aufträgen bis zum Betrage von über 200 000 ℳ versehen und imstande, jährlich 200 000 Uhren, das Doppelte der früheren Produktion, herzustellen. („Frankft. Ztg." Nr. 183 v. 9. 3.)

Der Siegerländer Eisensteinverein setzte die Verkaufspreise für das 2. Halbjahr 1919 um 10 ℳ pro t Rohspat herauf. Die Preise für Brauneisenstein, Glanz und Rostspat wurden entsprechend erhöht. („Stahl und Eisen" Nr. 12 v. 20. 3.)

Der Verband deutscher Preßhefefabriken erhöhte den Hefepreis rückwirkend ab 1. März um 10 Pf. pro Pfund.

Waffenstillstand und Demobilmachung.

In Rotterdam wurde ein Abkommen über Lieferung von Kali nach England geschlossen. England nimmt 30 000 t ab, die auf die Bezahlung der Lebensmittel angerechnet werden, 10 000 t gehen davon über Hamburg oder Bremen, 20 000 t über Rotterdam. („Neue Hamb. Ztg." Nr. 141 v. 18. 3.)

Bis zum 20. 3. 19 spätestens waren die deutschen Besitzer der in Belgien und Frankreich beschlagnahmten, nach Deutschland überführten industriellen und landwirtschaftlichen Betriebseinrichtungen gehalten, diesen Besitz bei der Reichsentschädigungskommission anzumelden.

Mit dem 1. 3. 19 war die Zuständigkeit der Kriegsrohstoffabteilung in der Textilwirtschaft beendet. An ihre Stelle traten die für die Einzelgebiete der Textilindustrie gebildeten Reichswirtschaftsstellen, die Selbstverwaltungskörper sind und in der Reichsstelle für Textilwirtschaft zusammengefaßt werden. („Deutsche Allg. Ztg." Nr. 106 v. 2. 3.)

Über die Umstellung auf Friedensbedarf bei der Kruppschen Gußstahlfabr. wird berichtet, daß die Firma, nachdem sie die Herstellung von blanken, gedrehten und gefrästen Schrauben in großem Umfange aufgenommen hat, nunmehr auch zur Fabrikation von Meßgeräten (Maßstäbe, Lineale, Richtzeuge, Winkelmesser usw.) übergegangen ist. Ferner werden Schiffsnormalien (hydraulische und elektrische Armaturen, Eckventile, Schottstopfbüchsen, Seitenfenster usw.) hergestellt. („Deutsche Bergw.-Ztg." Nr. 67 v. 20. 3.). In den Walzwerken werden jetzt statt Panzerplatten 10—12 cm dicke Platten für Lokomotiv-Barrenrahmen hergestellt. Die Stahlformgießereien liefern Maschinenteile, Schiffsruder, Vorder- und Hintersteven ,namentlich aber Radsterne und Ringe für Lokomotiv- und Eisenbahnwagenräder, während die mechanischen Werkstätten Schiffswellen, Kurbelwellen, Erzbrecher usw. anfertigen. Eine Besonderheit Krupp's sind hohlgeschmiedete weite Röhren, die in chemischen Fabriken zur Stickstoffgewinnung aus der Luft gebraucht werden und dafür ungeheure Druckfestigkeit besitzen müssen. Geplant sind für die Abteilung Feinmechanik, die früher Zünder lieferte, Herstellung von Schreibmaschinen, Registrierkassen, feineren Zahnräderbetrieben usw. („Kölnische Volksztg." Nr. 182 v. 6. 3.)

In der deutschen Nationalversammlung sind folgende Mitglieder vertreten, die der Industrie angehören oder angehört haben: Geh. Finanzrat Dr. Alfred Hugenberg, Dr. Gustav Stresemann, Geh. Bergrat Dr. Ing. v. Weidtmann, Geheimrat Dr. Riesser, Berlin, Fabrikant Bergmann, Cleve, Rentner Müller, Fulda, Fabrikant Bahr, Landsberg a. d. W., Stadtrat Kristian Döhler, Krimmitschau, Fabrikant Dr. Ing. Philipp Wieland, Ulm, Stadtr. u. Handelsk.-Präses Emil Engelhardt, Mannheim, Generaldir. Vögler, Vors. des Vereins Deutscher Eisenhüttenbetr.

Die deutsche Friedensabordnung setzt sich u. a. aus folgenden Vertretern der deutschen Industrie zusammen: Geh. Rat Beukenberg, Phönixwerke, Hörde i. Westf., Dr. Bosch, Badische Anilinfarbw., Mannheim-Ludwigshafen, Geh. Kommerzienr. Deutsch, Dir. der A. E. G., Geh. Kommerzienr. Louis Hagen, Cöln, Hartmann, Verband Deutscher Gewerkvereine (Hirsch-Duncker), Dir. Lübsen, Rhein.-Westf. Kohlensyndikat, Präsident Rathenau, A. E. G., Louis Röchling, Dir. Schmitz, Metallges., Frankfurt a. M., Direktor von Riedemann, Hamburg.

Die besetzten Gebiete.

Die Société An. d'Ougrée Marihaye hat begonnen, ihr Rodinger Hüttenwerk, das während des ganzen Krieges stillgelegen hat, wieder in Betrieb zu nehmen. Von den 4 Hochöfen, die eine jährliche Produktion von 125 000 t ausmachen, sind 2 in Tätigkeit gesetzt worden. Das Stahl- und Walzwerk soll in Kürze folgen. Die Gesellschaft plant die Errichtung eines Schienenwalzwerks. („Frankft. Ztg." Nr. 206 v. 18. 3.)

Auf den Anlagen der Rombacher Hüttenwerke sind insgesamt 5 Hochöfen wieder in Betrieb und die Verfeinerungsanlagen und Walzwerke teilweise im Gang, teilweise vor Inbetriebnahme. („Frankft. Ztg." Nr. 168 v. 4. 3.)

Gleich in den ersten Tagen der Besetzung sind die Bestände der deutschen Werke an Rohmaterialien, Roheisen, Halbzeug und Fertigfabrikaten aufgenommen worden. In-

zwischen sind Vertreter des „Comptoir d'Exportation des produits métallurgiques" in Paris auf den Werken erschienen. Der Verkauf sämtlicher Produkte darf nur mit Einwilligung der zur Überwachung bzw. Leitung der Betriebe eingesetzten Kontrolloffiziere geschehen, und zwar für Elsaß-Lothringen durch die Werke selbst, nach Frankreich durch das Pariser Kontor. Die Preise für Stabeisen ohne Überpreis wurden mit etwa 600 frs angegeben. Mittelbleche sollen in Frankreich 1200 frs kosten, für Träger wurden im Okt. 800 frs gezahlt. („R. W. Z." Nr. 177 v. 28. 2.)

Die elsässische Kaliförderung ist trotz der Erhöhung der Arbeiterzahl und militärischer Überwachung der Gewerkschaften seit Okt. 18 rapide zurückgegangen und beträgt heute nur noch 20—25 v. H. der Oktoberförderung. („R. W. Z." Nr. 217 v. 14. 3.)

In Mülhausen i. E. streikten Anfang März 15 bis 20 000 Arbeiter. („Neue Hamb. Ztg." Nr. 115 v. 4. 3.)

Der „Vorwärts" Nr. 135 v. 14. 3. berichtet, daß die Verschickung von Arbeitern der besetzten Gebiete, namentlich des Saarreviers, nach dem Aufräumungsgebiet schon rege gehandhabt werde. Sämtliche Mitglieder der A.- u. S.-Räte wurden dorthin abtransportiert. Ihnen folgten die arbeitsscheuen Elemente. Arbeitslose bekommen ihre Unterstützung nur 8—14 Tage lang. Haben sie in dieser Zeit keine Arbeit gefunden, so werden sie ebenfalls nach Nord-Frankreich abgeschoben.

Der Versand von Minetteerzen in das rheinisch-westf. Hüttengebiet ist nach der „Frankf. Ztg." Nr. 203 v. 16. 3. freigegeben. In Frage kommen zunächst die Mengen, die auf den oberrheinischen Lagerplätzen in Straßburg und Kehl angesammelt sind, etwa 25 000 t, die auf dem Wasserwege in die niederrheinischen Häfen der Gutehoffnungshütte und Kruppschen Friedrich-Alfredhütte verfrachtet werden. Die Mengen sind im Hinblick auf den Gesamtbedarf des niederrheinischen Reviers geringfügig.

In der Nationalversammlung wurde darauf hingewiesen, daß im Ruhrbezirk infolge der Erznot bereits 21 Hochöfen stillägen. Nach der „R. W. Z." Nr. 194 v. 6. 3. dürften daraus inzwischen bereits 30 geworden sein. Nur wenige Werke verfügen danach noch über größere Vorräte. So scheinen Deutscher Kaiser und Gutehoffnungshütte es noch 2—3 Monate aushalten zu können. Die Ilseder Hütte ist den Rheinisch-Westfälischen Hüttenwerken mit etwa 140—150 000 t Erzen im Monat zu Hilfe gekommen. Diese Menge verteilt sich aber auf 9 Werke, weshalb der Bedarf der einzelnen Hütten doch nur für wenige Tage gedeckt werden kann. Abgesehen von den Minetteerzen fehlt es an schwedischen Erzen, deren Zufuhr durch den Waffenstillstand unterbunden worden ist.

Laut „R. W. Z." Nr. 194 v. 6. 3. müssen die Saarwerke, die mit Erlaubnis der französischen Verwaltung Erze aus ihren Gruben in Lothringen bekommen, pro t Erz 100 frs Abgabe zahlen, auch die Eisenproduktion ist mit einer Abgabe von 200 frs pro t belegt.

Die Feinde versuchen durch Vorlegung von Fragebogen hinter die Fabrikationsgeheimnisse der chemischen Fabriken in den besetzten Gebieten zu kommen. („Frankf. Ztg." Nr. 187 v. 11. 3.)

Organisationen.

Der Deutsche Stahlw.-Verband verliert durch Fortfall der südwestdeutschen und luxemburgischen Gruppen seine Bedeutung als Vorposten für den Abschluß künftiger internationaler Kartelle. Dagegen sind in Belgien und Frankreich Bestrebungen im Gange, die dortige Eisenindustrie nach Angliederung der deutsch-lothringischen Werke an Frankreich und Einbeziehung der luxemburgischen und der Saarindustrie in den französischen Interessenkreis zu einem großen Kartell zusammenzuschließen. Vor dem Kriege gab es 2 internationale Kartelle, den Internationalen Trägerverband (Deutschland, Frankreich und Belgien) und das Schienenkartell (England, Ver. Staaten, Deutschland, Belgien, Rußland, Österreich-Ungarn, Frankreich). Es fragt sich, ob etwas Ähnliches aus dem geplanten französisch-belgischen Kartell hervorgehen wird. Für die deutsche Industrie ist die Gestaltung dieses Verbandes von größter Wichtigkeit (in Anlehnung an die „Frankft. Ztg." Nr. 207 v. 18. 3.)

Der Siegerl. Eisensteinverein läuft noch bis zum 1. Juli 19. Bis jetzt haben die Gutehoffnungshütte und die Grube Neue Hardt es abgelehnt, dem Verein beizutreten. („Köln. Volksztg." Nr. 212 v. 16. 3.)

Sämtliche Gruppen der bergischen Kleineisenindustrie haben sich zu einem Verbande zusammengeschlossen, dessen einzelne Untergruppen die Regelung von Preisfragen und Verkaufsbedingungen und dergl. bezwecken. („Deutsche Allg. Ztg." Nr. 117 v. 11. 3.)

Die wirtschaftliche Vereinigung deutscher Kunsthonigfabriken beabsichtigt u. a. die Vervollkommnung des Herstellungsverfahrens von Kunsthonig.

Der Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Regelung des Reichshaushalts enthält unter dem Posten des Reichswirtschaftsministeriums einen Beitrag des Reichs zur Errichtung eines Textil-Forschungsinstituts von 5 Mill. ℳ für 1919. Das Institut soll prüfen, ob durch bessere Ausnutzung der Rohstoffe, Verwendung von Ersatzstoffen und Erzeugung inländischer Rohstoffe auf natürlichem oder künstlichem Wege die im Kriege gemachten Erfahrungen ausgebaut und zum Aufbau einer Industrie verwertet werden können, deren Anfänge bereits bestehen. 1,5 Mill. ℳ sollen für Forschungen von Prof. Herzog, einer Autorität auf dem Gebiete der Textilchemie, dienen. („Hamb. Nachr." Nr. 154 v. 25. 3.)

Die Vergesellschaftung.

Wie die „Kuxenzeitung" erfährt, wird seitens der Regierung die Abänderung des bestehenden Kaligesetzes in einer Reihe von Paragraphen vorbereitet. Gleichzeitig ist eine Aufbesserung der Kalipreise in Aussicht genommen.

Ein Entwurf für die Errichtung von Betriebsräten im Bergbau ist der Nationalversammlung zugegangen. Arbeiter- und Angestelltenausschuß des einzelnen Betriebes wählen danach als ausführendes Organ den Betriebsrat. Er hat das Recht der Einsichtnahme in alle Betriebsangelegenheiten, soweit hierdurch keine Betriebsgeheimnisse gefährdet werden und soll mit der Betriebsleitung für möglichst hohe Produktion sorgen. Bei Gehalts- und Lohnfragen haben sich Betriebsleitung und Betriebsrat im Rahmen der in den wirtschaftlichen Organisationen getroffenen Vereinbarungen zu verständigen, desgleichen über Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten. Das Rätesystem soll in der Verfassung verankert werden.

Die Regierung hat die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft durch Einbringung eines Gesetzes in Angriff genommen.

Der vorläufige Bericht der Sozialisierungskommission über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaus ist veröffentlicht worden. Er zerfällt in zwei Teile, d. h. in zwei verschiedene Vorschläge. Die Kommissionsmehrheit, der die Herren Ballod, Cunow, Hilferding, Lederer, Schumpeter, Umbreit und Wilbrandt angehören, tritt für völlige Ausschaltung des privaten Kapitals ein, während die Kommissionsminderheit (die Herren Francke und Vogelstein) die Privatini-

tiative für unentbehrlich hält. Sie rät daher zu einer Differential-Rentensteuer, durch die der unverdiente Gewinn erfaßt werden soll, und zu einer weitgehenden gemeinwirtschaftlichen Organisation zunächst unter Erhaltung des Unternehmertums. Einig ist die Kommission in der Verwerfung der bloßen Verstaatlichung.

Umwandlungen, Angliederungen.

Die Generalvers. der Breslauer Spritfabrik genehmigte die Aufnahme der Norddeutschen Spritwerke A.-G. in Hamburg und der Brennerei- und Preßhefefabriken A.-G. Helbing in Wandsbek im Wege der Fusion. Erst im Nov. vor. Js. hat die Ges. ihren Konzern durch völlige Aufnahme der ostelbischen Spritwerke unter Erhöhung des Akt.-Kapitals um 2,36 Mill. ℳ Stammaktien und 1,20 Mill. ℳ Vorzugsaktien erheblich vergrößert. Durch die Angliederung gewinnt das Breslauer Werk nicht nur die Spritraffinerien der beiden Gesellschaften, sondern gelangt auch in den Besitz von einigen Brennereien und Preßhefefabriken. Sowohl Helbing als auch die Norddeutschen Spritwerke verfügen über gewerbliche (zum Unterschied von landwirtschaftlichen) Brennereien, deren Produkte Breslau für die Spritfabrikation gebraucht. Die Basis des Unternehmens beruht daher in Zukunft nicht ausschließlich auf der Reinigung von Sprit und Destillation, sondern auch auf der Herstellung von Rohspiritus und Preßhefe. („Frankft. Ztg." Nr. 189 v. 11. 3. u. Nr. 92 v. 4. 2. 19.)

Der Firma Friedr. Krupp ist unter dem Namen Betzdorf das Bergwerkseigentum an dem in den Gemeinden Herkersdorf und Offhausen im Kreise Altenkirchen belegenen Felde, 109 765 qm groß, und unter dem Namen Helmut 1 das Bergwerkseigentum an dem in der Gemeinde Herkershausen belegenen Felde, 94 432 qm groß, zur Gewinnung von Eisenerzen verliehen worden. („Frankft. Ztg." Nr. 176 v. 6. 3. 19.)

A. S.

Norwegen

Hoffnungen auf die Handelsflotte — Seefischereipläne — Bevorstehender Prämienkrieg in der Seeversicherung — Amerikas Ausflüchte bei Bezahlung der beschlagnahmten Neubauten — Seetang-Verwertung — Herbstmesse in Kristiania

Kristiania, Ende März.

Vor ein paar Wochen sprach ein norwegischer Politiker ein großes Wort: er warnte seine Landsleute vor der wirtschaftlichen Selbständigkeit im Inneren des Landes; Norwegens Größe beruhe vielmehr auf seiner Handelsflotte, die das Land einer neuen Wikingerzeit entgegenführen werde. Man hat zwar während des Krieges erlebt, daß eine große Handelsflotte unter Umständen nicht ausreicht, dem Lande die nötigen Zufuhren zu sichern. Als alle möglichen Ausfuhrverbote den Weltmarkt strangulierten, dachte mancher Norweger, daß eine selbständige Industrie und leistungsfähige Landwirtschaft auch nicht zu verachten seien. Jetzt aber, da man der Wiederkehr normaler Zustände immer mehr entgegensieht, kehrt man zu der alten Liebhaberei zurück: die Handelsflotte wird's schon machen.

Gewaltige Zahlen sprechen aus dem norwegischen Schiffsverkehr zu uns. Um nur ein Beispiel zu nennen, sei der Jahresbericht der Bergenschen Dampschiffsgesellschaft zitiert. Auf der kürzlich stattgehabten Generalversammlung wurde beschlossen, 30 % Dividende (4,2 Mill. Kr) zu verteilen. An Post- und Frachtverkehr, sowie Staatsbeitrag wurden 21,5 Mill. Kr vereinnahmt. Die Differenz zwischen dem zu Buche stehenden Wert verlorener Schiffe und der dafür gezahlten Entschädigungssumme ergab ein Plus von 5,67 Mill. Kr. Ein weiterer Beweis, daß der Seekrieg zwar für die norwegischen Seeleute, aber nicht für die Reeder ein schlechtes Geschäft war. Das wird um so klarer, wenn man mit diesem Versicherungsgewinn die Tatsache vergleicht, daß der Wert der jetzigen Schiffe der Gesellschaft im ganzen mit 6,6 Mill. Kr angesetzt ist. Und erst recht nicht darf man vergessen, daß die Flotte der Gesellschaft zu Anfang 1918 aus 41 Schiffen mit 40 763 Br.-Reg.-T. bestand und im Laufe des Jahres um 6 Schiffe mit 5830 Br.-Reg.-T. vermindert wurde.

Man beabsichtigt jetzt, ein besonderes Navigationsdirektorat einzurichten, dem alle Navigationsschulen, Untersuchungskontore, Stewardschulen usw. unterstehen sollen. Bisher lag die Leitung des Navigationswesens in Händen des Navigationskonsulenten, der dem Handelsministerium zugeteilt war. In dem Budget für das Rechnungsjahr 1919/20 sind jetzt jedoch entsprechende Beträge für ein selbständiges Navigationsdirektorat vorgesehen, und es besteht wohl kein Zweifel, daß das Storting der geplanten Änderung, die der gewaltigen Bedeutung der Seefahrt für die Heimat gerecht werden soll, seine Zustimmung erteilen wird.

Augenblicklich beschäftigen sich Interessenten damit, eine neue große A.-G. für Seefischerei zu gründen. Der Sitz des Unternehmens soll nach Aalesund verlegt werden, und die dortige Firma Oscar Larsen A.-G. soll die Geschäftsführung der neuen Gesellschaft übernehmen. Die Gründer haben 10 moderne Dampftrawler zur Lieferung innerhalb 2 Jahren kontrahiert. Das Gesellschaftskapital soll 7 Mill Kr betragen, wovon 5 Mill. bankgarantiert sind, während die übrigen 2 Mill. im voraus gezeichnet sind. In der Einladung zur Zeichnung der Aktien wird darauf hingewiesen, daß Dampffischerei nach den Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte der rationellste und rentabelste Fischereibetrieb ist, nicht nur auf dem Gebiet des Fischereiwesens, sondern auch auf dem des Fischexports.

Der 1. April muß auf dem Gebiet der Seeversicherung ein kritischer Tag werden. Zu diesem Tage hat nämlich der Zentralverein der Seeversicherungen alle Tarife und obligatorischen Abkommen gekündigt. Mit anderen Worten: es wird ein Prämienkrieg entstehen, der alle unsoliden Erscheinungen im Versicherungswesen vernichten wird. Es wird also in erster Linie über allerhand Kriegsgesellschaften hergehen, die lediglich der günstigen Konjunktur der letzten Jahre ihr Dasein verdankten und es nicht verstanden haben, sich während dieser Zeit zu konsolidieren. Jedenfalls wird von Fachleuten gesagt, daß die Grenzen des Arbeitsgebietes für Versicherungen weit überschritten sind, so daß man mit einer Einschränkung der Gesellschaften auf etwa ein Viertel ihrer Gesamtzahl rechnen müsse.

Große Bekümmernis hat es allgemein in Norwegen verursacht, daß es noch immer nicht geglückt ist, die Amerikaner zu einer Einlösung ihrer Verpflichtungen gegenüber den hiesigen Reedern und Aktionären zu veranlassen. Wie erinnerlich, beschlagnahmte Amerika vor nunmehr fast zwei Jahren sämtliche norwegischen Neubauten auf amerikanischen Werften, in einem Gesamtwert von etwa 150 Mill. Kr. Diese requirierten Dampfer bildeten den Grundstock der amerikanischen Flotte, und die Entente war nicht geizig mit schönen Reden der Anerkennung für die Hilfe, die Norwegen den Alliierten auch auf diesem Gebiete geleistet hatte. Aber die Lobreden waren auch das einzige, womit man

nicht geizte. Mit der Bezahlung haperte es bedenklich. Die norwegischen Unterhändler wurden mit den komischsten Ausflüchten hingehalten, und das Resultat war eben, daß alles von Amerika zu bekommen war, aber keine Bezahlung. Jetzt hat die amerikanische Gesandschaft in Kristiania es sogar für richtig gehalten, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, um das Verhalten des Shipping Board in dieser Anglegenheit zu rechtfertigen. Und aus diesem Schriftstück geht hervor, daß jenseits des großen Wassers sehr smarte Geschäftsleute wohnen, die sehr wohl verstehen, Ware in ihre Hand zu bekommen, die sich aber nachher wenig graue Haare darüber wachsen lassen, wie ihr Gläubiger zu seinem Gelde kommt. Man braucht durchaus nicht einverstanden zu sein mit dem Spekulationsgeist, der das früher viel solidere norwegische Schiffahrtswesen während des Krieges durchseucht hat, und muß doch anerkennen, daß Norwegen in diesem Falle nach allen Regeln der Bauernfängerkunst betrogen werden soll. Da die Norweger ihre Baukontrakte, die ihnen von den amerikanischen Werften ja auch nicht geschenkt wurden, finanzieren sollten, konnten sie das nach dem Marktwert tun, den solche Kontrakte damals hatten, u. a. auch im Geschäftsverkehr zwischen englischen und amerikanischen Reedern. Und sie konnten demzufolge auch erwarten, daß ihnen im Falle einer Beschlagnahme der jeweilige Marktwert ersetzt werden würde. Der richtete sich aber lediglich danach, wie weit die betreffenden Schiffe fertig gebaut waren. Er mußte also steigen, je näher der Neubau seiner Vollendung war. Diesen normalen Standpunkt wollen die Amerikaner nicht anerkennen, sondern wollen am liebsten die Schiffe nur nach den effektiven Unkosten bezahlen, die für gekaufte Baumaterialien und bezahlte Arbeitslöhne verauslagt sind. Daß dagegen der wirkliche Nutzen, den die Amerikaner von den beschlagnahmten Neubauten hatten, überhaupt nicht bezahlt werden kann und unendlich viel höher liegt, als der Marktwert der beschlagnahmten Kontrakte, ist so einleuchtend, daß es gar keiner Erwähnung bedarf. Um so — sagen wir — „amerikanischer" mutet es an, daß die Yankees jetzt, wo die Kriegsgefahr vorüber ist, die unbezahlbare Grundlage ihrer Flotte nach dem jetzigen Marktwert alten Eisens bewerten und vielleicht sogar großmütig nach demselben Maßstabe bezahlen wollen. Man muß auch nicht vergessen, daß das bloße Vorhandensein eines Baukontraktes ohne irgend welche Materialien einen Gegenstand von erheblichem Werte darstellte. Denn Material gab es genug. Dagegen war die überhaupt mögliche Anzahl der zu bauenden Schiffe stark beschränkt. Infolgedessen war der Kontrakt — besonders unter Zugrundelegung der damaligen Gepflogenheiten — das wichtigste und wertvollste. Einen solchen Kontrakt für ein nicht begonnenes Schiff wollen nun die Amerikaner überhaupt nicht bezahlen, obwohl sie auf Grund eben dieser Kontrakte seinerzeit die Werften zwangen, die kontrahierten Schiffe vertragsgemäß zu bauen. Damals war für sie also der ausländische Kontrakt ein rechtsverbindlicher Wert, jetzt, wo es ans Bezahlen geht, nicht mehr.

Norwegens unerschöpfliche Reichtümer an Seetang sollen jetzt rationell ausgenutzt werden. Es sind bereits zwei Gesellschaften gegründet, die eine großzügige Seetangindustrie ins Leben rufen wollen. Nach den neuesten Plänen sollen beide Gesellschaften vereinigt und das Aktienkapital vermehrt werden. Ein Ingenieur Krefting hat aus Tang einen neuen Stoff „Norgin" gewonnen, der nicht nur, wie die früheren Tangfabrikate als Appreturmittel in der Textilindustrie Verwendung finden, sondern auch zur Farben- und Seifenfabrikation gebraucht werden kann. Das Norgin soll auch ein ausgezeichneter Grundstoff für die Herstellung von Knöpfen, Gummischläuchen, Ölpapier, Kunstleder usw. sein.

Zum ersten Male wird im Herbst dieses Jahres in Kristiania eine Warenmesse abgehalten werden. Man rechnet damit, daß 200 Aussteller sich beteiligen werden. Nach dem bisherigen Plan werden folgende Warengruppen vertreten sein: Maschinen und Geräte, Gas und Elektrizität, Werkzeuge und Metallarbeiten, Instrumente, Gold- und Silberarbeiten, Glas, Porzellan, Steingut, Textilwaren, Konfektions- und Kurzwaren, Holzveredlung, Holzmasse, Kork, Möbel, Sportsartikel, Gummi- und Lederwaren, Bauartikel, Bücher, Papier, graphische Arbeiten, Lebensmittel, Konserven, chemische und pharmazeutische Artikel, Öl, Farben und Lack, Stroh- und Korbmacherarbeiten, neue norwegische Patente und Erfindungen. Gerade diesem Unternehmen wird man sicher deutscherseits die größte Aufmerksamkeit widmen.

W. Kr.

Aegypten und Sudan

II.*)

Der ungeheure Reichtum, der Aegypten jährlich durch das Wasser des Nil zugeführt wird, bedingt es, daß die landwirtschaftliche Erzeugung immer an erster Stelle aegyptischer Wirtschaft gestanden hat. Wenn das Land im Altertum die Kornkammer der Welt war, so hat man seit einer Reihe von Jahren das Hauptgewicht auf Baumwolle gelegt. Immerhin aber ist Ägypten nicht das Land von nur dieser einen Kultur; Körnerfrüchte nehmen auch heute noch den größten Raum ein. Die Kultur-Flächen in Aegypten in Feddan (je 4200,8 qm) betrug 1917—18.

Baumwolle	1 301 164	Linsen	78 456
Mais und Hirse	2 049 489	Zwiebeln	45 666
Weizen	1 256 012	Klee (Trif. Alexandrinum)	1 899 277
Reis	390 918	Gerste	327 210
Zuckerrohr	60 521	Anderes	320 000
Bohnen	461 608		

Da aber Baumwolle die meistrentable Kultur ist, wird alles dafür geeignete Land dieser gewidmet, so daß vor dem Kriege etwa 200 000 t Mehl, 31 000 t Reis, 29 000 t Gerste und 35 000 t Weizen und Mais eingeführt werden mußten. Die Kriegsnotwendigkeit ergab, daß die Anbaufläche von Baumwolle zeitweise eingeschränkt werden mußte, so daß nur noch 53 000 t Mehl, fast kein Reis und 9000 t Gerste 1915—16 eingeführt wurden, ja es konnten noch viele Nahrungsmittel ausgeführt werden.

Von der Baumwolle hängt jetzt mehr oder weniger die ganze Wirtschaft von Ägypten ab, um sie drehen sich die landwirtschaftlichen, sozialen und auch politischen Fragen. Unter Mohammed Ali führte 1820 ein französischer Schweizer namens Jumel die Kultur ein. Durch ihe Ausdehnung mußte das ganze ägyptische Bewässerungssystem verändert werden. Früher wurden nämlich im Sommer große Flächen überflutet, auf die man nach Abfluß des Wassers Korn und anderes säte. Baumwolle aber muß im Sommer gedeihen, sie reift während der Nilflut. Man mußte für sie deshalb beständige Irrigation durch Kanäle einführen, um das Land im ganzen Sommer gleichmäßig feucht zu halten. Und diese Kanäle mußten so angelegt werden, daß sie durch die Senkstoffe nicht derartig verschlammten, damit ihr Niveau sich so hob, daß kein Wasser mehr in sie dringen honnte. Die Zwangsarbeit (corvée)

*) Vgl. „Wirtschaftsdienst" Nr. 13 v. 28. März 1919.

reichte für diese Reinigung nicht mehr aus, sodaß man, um die Reinigung mechanisch zu erzielen, das Niveau des Nil durch eine Barrage künstlich heben mußte, was durch das Projekt von Linnant de Bellefonds geschah. Nach der englischen Okkupation war es nötig, die verfallene Barrage bei Kairo wiederherzustellen. Der mit der Ausbreitung der Kultur steigende Wasserbedarf und die Notwendigkeit, auch bei geringer Fluthöhe des Nil genügend Wasser zu haben, ließ es geboten erscheinen, große Wassermengen auf Vorrat zu halten, was durch den ungeheuren Staudamm bei Assuan erreicht wurde, der 1902 vollendet ist. Wenn die Nilflut fällt, werden die Dammschleusen allmählich geschlossen; beim Mangel von Wasser kann man aus dem Stausee bei Assuan genügend davon herauslassen. So ist man zusammen mit der Regulierung der Barrage bei Kairo imstande, die Wasserzuleitung ständig nach Bedarf zu beherrschen. Barragen bei Assiut und Esna in Oberaegypten, sowie bei Ziftah in Unterägypten tragen zu dieser Regelung bei. Die Kulturflächen konnten nun sehr ausgedehnt, der Wohlstand des Landes gehoben werden. Aber als unerwartete Erscheinung trat ein Zuviel des Wassers ein: das frühere Trockenfallen des Landes fehlte nämlich jetzt, der Grundwasserstand hob sich, und damit trat die Gefahr ein, daß besonders in der Nähe der Küste das brakige Grundwasser in den Bereich der Wurzeln kam. Im Sommer 1908 war die Flut zu spät, im folgenden Jahre zu früh gekommen, wodurch die Kulturen schwer litten. Die Kapseln wurden unreif abgeworfen, 7½ Millionen Kantar Baumwolle im Werte von rund 10 Mill.£ E gingen dadurch verloren. Um Abfluß des Wassers zu schaffen, mußte man die Salzseen an der Küste auspumpen, wodurch noch weitere Kulturflächen gewonnen wurden. Diese aber erforderten wiederum neue Wassermengen zur Bewässerung, weshalb der Damm bei Assuan 1912 erhöht wurde, wodurch man 1400 Mill. cbm Wasser gewann. Über die neueren Pläne, die Bewässerungsanlagen durch Errichtung von Staudämmen im Sudan zu erweitern, und die Entwässerung zu verbessern, wird an anderer Stelle dieser Zeitschrift berichtet.

Die Entwickelung der Baumwollkultur in Aegypten ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

Bebaute Fläche, Ertrag und Preis aegyptischer Baumwolle

Jahr	bebaute Fläche in 1000 Feddan[8])	Gesamternte in 1000 Kantar	Durchschnittsertrag je Feddan Kantar	Durchschnittspreis in Liverpool pence Aegyptische F. G. F. braun	Durchschnittspreis in Liverpool pence je lb. Middling Amerikanisch	Aegypt. Baumwolle übertrifft amerik. im Preis um %	
1886.....	875	2872	3,30	6,56	5,12	28	Die Delta-Barrage fertiggestellt
1887.....	865	2996	3,45	7,12	5,50	29	
1894/95..	966	4619	4,78	5,31	3,44	55	
1895/96..	998	5275	5,29	6,06	4,38	38	
1896/97..	1051	5880	5,60	5,31	4,22	26	
1897/98..	1128	6544	5,80	4,44	3,47	25	
1898/99..	1121	5589	4,98	5,00	3,28	52	
1899/00..	1153	6510	5,64	6,81	4,87	40	
1900/01..	1230	5435	4,42	6,87	5,16	33	
1901/02..	1250	6370	5,10	6,25	4,78	31	
1902/03..	1276	5839	4,58	8,44	5,46	55	Damm von Assuan fertig
1903/04..	1333	6509	4,88	8,56	6,94	23	
1904/05..	1437	6313	4,39	7,44	4,91	52	
1905/06..	1567	5960	3,80	9,25	5,95	55	Viele Schädlinge
1906/07..	1506	6949	4,61	10,37	6,38	63	Preissteigerung infolge Erfindung der Mercerisierung
1907/08..	1603	7235	4,51	8,81	6,17	43	
1908/09..	1640	6751	4,12	8,44	5,50	53	
1909/10..	1597	5001	3,13	13,12	7,86	67	Hohes Grundwasser
1910/11..	1643	7574	4,57	10,75	7,84	35	
1911/12..	1711	7424	4,33	9,56	6,09	57	
1912/13..	1722	7533	4,37	9,82	6,76	46	Damm von Assuan erhöht
1913/14..	1723	7684	4,46	9,44	7,26	34	100
1914/15..	1755	6490	3,69	7,34	5,22	40	Kriegsausbruch 128
1915/16..	1186	4806	4,06	10,42	7,51	39	164
1916/17..	1656	5111	3,10	21,56	12,33	75	218
1917/18..	1677	6308	3,76	30,97	21,68	43	239
1918/19..	1361	5250	4,00	—	—	—	Anbaufläche verkleinert

Index der Preise seit Juli 1914

Die aegyptische Baumwolle zeichnet sich durch besonders gute Eigenschaften aus, die ähnlich nur von der Sea-Island Sorte bekannt sind. Man hat allmählich besondere Sorten gezüchtet, die durchweg durch Empirie gewonnen sind. Früher spielte die „Afifi" genannte Art die Hauptrolle, seit 1910 kam eine „Sakellarides" oder kurz „Sakel" genannte Sorte auf, die heute auf drei Vierteln des ganzen Landes gebaut wird. Wie sich die Verhältnisse hierin änderten, zeigt folgende Übersicht über die prozentuale Verteilung der verschiedenen Baumwollsorten auf die Flächen:

	1905	1910	1913	1914	1915	1916	1917	1918
Afifi	73,8	61,7	36,3	26,6	17,7	8,5	5,7	2,7
Jannowitsch .	4,6	12,7	10,1	7,3	2,4	0,3	0,1	0,1
Nubari.....	—	5,8	11,7	14,9	9,2	3,8	2,3	1,6
Sakel	—	—	14,4	22,4	46,2	62,3	67,6	72,4
Aschmuni...	18,7	17,8	20,7	20,2	19,6	20,8	21,6	20,8
Andere	2,9	2,0	6,8	8,6	5,1	4,3	2,7	2,4

Neuerdings geht man jedoch auch daran, in wissenschaftlicher Weise Sortenzüchtung zu versuchen. Hierbei und bei der Bekämpfung der Schädlinge wirken die Regierung und die Khedivial Agricultural Society gemeinsam, besonders unter Leitung von Dr. Lawrence Balls.

Von der Welterzeugung von rund 28 Mill. Ballen liefert Ägypten allerdings nur rund 800 000 Ballen, die aber stets bedeutend höher bewertet wird als der Durchschnitt der amerikanischen. Ist die ägyptische im Verhältnis zur amerikanischen Ernte groß, so verringert sich dieser Preisunterschied, und umgekehrt, und als es durch die Tätigkeit der U-Boote schwer war, in England amerikanische Ware zu erhalten, stieg der Preis der ägyptischen ganz enorm. England nimmt den größten Teil der Ernte auf; im Kriege ist aber auch ein Teil nach Amerika gegangen. Die prozentuale Verteilung auf die Bezugsländer betrug

	1913	1917		1913	1917
England.....	43	62	Rußland	8,5	—
Deutschland...	9,5	—	Italien	4	6,5
Ver. Staaten...	9,5	14,5	And. Länder u.		
Frankreich	9,5	5	Eigenverbrauch	16	12

1916 und 1917 ließ man die Kultur von Baumwolle unbeschränkt, und das Land mußte mit seiner eigenen Erzeugung von Nahrung auskommen. Da dies Schwierigkeiten machte, beschränkte man die Fläche der Baumwollkultur 1918. Für das nächste Jahr konnte man im letzten Augenblick diese Beschränkung wieder aufheben, nachdem die Kriegsverhältnisse sich geändert hatten.

Die Baumwollsaat wurde früher nach London und Hamburg ausgeführt. Da nach Kriegsausbruch alle Einfuhr von Seife und pflanzlichem Öl aufhörte, von denen 1913 7303 bzw. 9000 t eingeführt wurden, stellte man im Lande beides aus Baumwollsaat her. Hierfür ist 1917/18 120 000 t Saat gebraucht.

Zucker wurde in der Mitte des vorigen Jahrhunderts in Ägypten viel gebaut, 1903 kaufte die Soc. Gén. des Sucréries et de la raffinerie de l'Egypte die Faktoreien der Daira Sanieh auf. Durch Ausbreitung der Baumwollkultur und durch Konkurrenz des österreichischen Zuckers ging der Anbau zurück. Der Kriegsausbruch half dieser Industrie aber wieder auf, die genannte Fabrik machte gute Geschäfte durch das Aufhören der österreichischen Konkurrenz und durch die hohen Preise. Jetzt werden auf 60 000 Feddan rund 100 000 t Zucker gewonnen gegen früher 60 000. Der Landesbedarf und der Verbrauch der Truppen im Lande, in Saloniki und Malta konnte befriedigt und noch eine Ausfuhr ermöglicht werden. Man hofft, daß auch in Zukunft die Einfuhr fremden Zuckers verhindert wird. Die Herstellung von Alkohol ist monopolisiert durch Cozzika seit 1892. Auch diese Firma machte durch den Krieg glänzende Geschäfte, sie gewinnt jährlich rund 90 000 hl, von denen 17 000 in 1915 und 50 000 hl in 1916 ausgeführt wurden. Seitdem ist die Ausfuhr beschränkt, da die Truppen alles gebrauchten

[8]) 1 Feddan = 1,038 acre, 1 ardeb = 5,445 bushels (1382), 1 Kantar = 44,47 kg.

Zwiebeln wurden früher in bedeutenden Mengen nach England gebracht. Rund 100 000 t hat das Land jährlich davon ausgeführt. Wegen der Frachtfrage und für die Eigenbedürfnisse des Landes ist die Ausfuhr im Kriege verboten worden. Schlachtvieh ist früher viel aus Serbien, Cypern, Syrien usw. eingeführt. Das mußte im Kriege aufhören. Von 1913—16 trat ein großer Rückgang des Viehbestandes ein, so daß man gegen die Abschlachtung gesetzlich vorgehen mußte. Seitdem hat die Einfuhr aus dem Sudan sich bedeutend vermehrt. An Eiern sind früher 150—200 Mill. Stück jährlich im Werte von 250—300 000 £ E, meist nach England, ausgeführt, was im Kriege aufhörte, da das Land selbst durch die Truppen viele brauchte. Immerhin konnten noch 246, 235 und 188 Mill. Stück in den Jahren 1915/17 ausgeführt werden. Der Eierhandel brachte 1917 450 000 £ E ein. Die Ausfuhr findet vom Dezember bis Februar statt, wenn aus anderen Ländern wenig kommt. Wachteln werden vom Februar bis April gefangen, wenn die Tiere vom Süden kommen, und im September auf ihrem Zuge aus dem Norden. Zu letzterer Zeit müssen sie vor dem Versand erst gemästet werden. Im ganzen wurden an zwei Mill. Stück verschickt, fast ganz nach England. Im Kriege ist die Ausfuhr verboten worden. Tabak ist bis 1890 in Aegypten gebaut; dann verbot man diese Kultur aus fiskalischen Gründen, und weil man hoffte, daß gegen die Eröffnung des aegyptischen Marktes für den griechischen Tabak dies Land den Anbau und die Ausfuhr des schädlichen Haschisch aufgeben würde. Da dies nicht geschieht, wird erwogen, den Tabaksbau im Lande wieder zu erlauben, doch glaubt man, daß er nur auf den Nilinseln möglich ist. Was als Aegyptische Zigarette auf den Markt kommt, wird von rund 15 000 Arbeitern aus etwa 8000 t eingeführtem Tabak hergestellt.

Die Weberei und Spinnerei ist meist Hausindustrie. In Alexandria besteht aber eine große Spinnerei, die Filature Nationale d'Egypte, die 1911 Rechtsnachfolgerin der Anglo-egyptian Spinning und Weawing Co. wurde, und die aus aegyptischer Baumwolle rund 3½ Mill. lbs Garn und 9 Mill. Yards Stoffe jährlich herstellt, die meist in der Türkei Absatz fanden. Eine Papierfabrik gibt es in Alexandrien. Bisher führte Aepypten rund 25 000 t Papier ein. Die Herstellung aus einem Schilf (Boudry) im Delta hat sich nicht bewährt; man hofft aber aus dem massenhaft verfügbaren Reisstroh ein gutes Papier machen zu können.

*

Als 1899 der Sudan dem Handel geöffnet wurde, war das Land völlig verwüstet. Durch geschickte Verwaltung und Eröffnung von Verbindungen hat es sich erstaunlich entwickelt. Wie in den letzten zehn Jahren die Ausfuhr sich steigerte, mögen einige Zahlen zeigen:

Ausfuhr aus dem Sudan

	1907		1913		1917	
	Menge	£ E.	Menge	£ E.	Menge	£ E.
Pferde, Kamele usw. St.	84	608	789	2 790	4 502	50 167
Rinder.....St.	136	575	10 532	74 664	26 282	255 783
Schafe u. Ziegen..St.	34 010	19 448	99 174	97 059	133 353	234 490
Felle .....St.	206 656	10 490	371 458	31 906	437*)	84 131
Häute .....t	284	1 167	403	22 821	937	102 024
Elfenbein.....t	48	40 304	125	113 236	62	57 026
Durra .....t	6 275	24 412	2 080	21 716	34 671	659 150
Pennisetum (duchn.).t	118	739	7	80	4 288	43 100
Sesam .....t	1 917	19 734	6 841	104 939	8 791	202 172
Datteln.....t	1 425	20 860	2 785	31 872	3 517	54 050
Gummi arab. t	9 326	154 592	15 129	371 528	16 613	744 345
Dum Palm-Nüsse ..t	—	—	1 349	7 982	179	1 075
Erdnüsse .....t	254	2 322	719	9 198	2 927	61 420
Holzkohle ....t	114	339	420	1 286	5 365	42 958
Salz.....t	433	1 326	119	397	2 408	14 681
Baumwolle, B.-Saat .t	690	96 009	7 101	173 207	11 839	610 176
Senan .....t	1 459	12 276	810	9 647	755	71 784
Sonstiges.....	—	34 128	—	110 855	—	202 033
Jahres Ausfuhr	—	449 329	—	1 185 186	—	3 490 565

*) tons.

Es zeigt sich, daß es sich hier nicht nur um durch den Krieg erhöhte Werte handelt, sondern auch um vergrößerte Mengen, und daß der Aufstieg auch schon vor dem Kriege stattfand. Aus Kordofan erhofft man nicht nur Gummi und Vieh, sondern in Zukunft auch Getreide, da dies Land früher eine Kornkammer gewesen sein soll. Gummi arabicum kommt aus Darfur und Kordofan als Ausscheidung der Acacia-Arten (A verek und A Seal). Während des Krieges konnte in Kordofan der Ertrag um 40 % gesteigert worden, 1917 gingen 45 % der Ernte direkt nach England, 50 % nach Aegypten, von wo wiederum 15 % nach England und 75 % nach Frankreich gelangten. Vor dem Kriege war ein großer Teil des Gummihandels in deutschen Händen, 1913 z. B. 2844 t. An Sorghum wird sehr viel nach Arabien ausgeführt, seitdem der Hedjas eröffnet ist. Mekka ist ja seit alten Zeiten abhängig von den aegyptischen Kornlieferungen. Man hofft, daß man in den Bezirken Dongola und Berber auch Weizen bauen kann. Die Ausfuhr von Schlachtvieh aus dem Sudan wurde schon oben erwähnt. Trockene Datteln kommen aus den Bezirken Dongola und Halfa. Die Kultur der aus Algier und Tunis eingeführten weichen Datteln dehnt sich aus. Bemerkenswert ist die Ausfuhr der Nüsse der Dumpalme, die zur Herstellung von Knöpfen verwandt werden. Es wäre zu versuchen, ob diese Nüsse nicht auch in Mengen aus Deutsch-Ostafrika geliefert werden könnten.

Es ist natürlich, daß sehr viel von der Ausfuhr des Sudan nach Aegypten geht. Besonders im Kriege ist es leichter gewesen, die Waren auf dem Nil oder mit der Bahn zu verfrachten und nicht in Port Sudan den Dampfern zu geben. Das Verhältnis ist aus nachfolgender Tabelle zu sehen:

Ausfuhr des Sudan

	1913		1917		1918 (10 Monate)	
	nach Aegypten	i. ganzen	nach Aegypten	i. ganzen	nach Aegypten	i. ganzen
Pferde, Kamele usw. St.	789	789	4 378	4 502	587	587
Rinder..... „	10 255	10 532	25 845	26 282	31 446	31 446
Schafe, Ziegen „	97 119	99 174	133 248	133 353	152 174	152 174
Durra .....tons	518	2 086	80 166	84 779	48 016	53 276
Sesam..... „	5 551	6 841	8 789	8 795	4 039	4 042
Datteln..... „	2 773	2 785	3 517	3 527	3 473	3 484
Gummi ..... „	889	15 129	7 761	16 613	7 927	15 348
Holzkohle.... „	420	420	5 365	5 365	5 824	5 824
Baumwoll-Saat „	1 522	7 101	2 483	11 839	370	4 706
Sinna..... „	593	810	311	755	340	405

In Zukunft werden die enormen Flächen des Sudan jedenfalls noch bedeutende Entwickelungen zeigen, besonders wenn erst die Stauanlagen fertig sind. Die geringe Bevölkerung des Landes ist das Haupthindernis für die Entwickelung, die man durch Ausbau von Bahnen und Straßen zu heben sucht.

*

Ob die Verhältnisse so günstig bleiben werden, wie sie oben nach englischen Quellen geschildert sind, mag nach den neuesten Ereignissen recht zweifelhaft erscheinen. Wie der Earl of Curzon offiziell am 18. März im Parlament erklärte, haben im vorigen November die Nationalisten der Britischen Residentur einen Antrag eingereicht, dem Lande die Autonomie zu geben, und England nur die Aufsicht über die Öffentliche Schuld und den Suez-Kanal zu lassen. Eine Agitation setzte im ganzen Lande ein. Der Premierminister mit einem seiner Kollegen sowie eine Deputation der Nationalisten wollten nach London, um dort ihre Wünsche durchzusetzen. Auf die Antwort der Regierung, daß sie zwar eine größere Teilnahme der Aegypter an der Verwaltung in Erwägung ziehen wolle, die Verantwortung für das Land aber nicht aus der Hand geben würde, und daß deshalb die Reise der Deputation zwecklos sei, daß sie aber die Minister gerne ein wenig später empfangen wolle, wenn die Arbeiten in Paris dies ermöglichen würden, gaben die Minister ihre Entlassung, die vom Sultan angenommen wurde. Vier Führer der Nationalisten wurden nach Malta deportiert. Seitdem mehren sich die Demonstrationen im ganzen Lande, stellenweise ist es zu offenem Aufruhr und Kämpfen gekommen, doch glaubt die Regierung, Herrin der Lage zu sein. Auf alle Fälle unterliegt das Land augenblicklich einer sehr schweren Erschütterung.

—*q*—

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Die Mark erreichte am Ende der Berichtswoche einen neuen Tiefstand. Die deutsch-österreichische Krone bewegte sich parallel. Das Pfund Sterling fiel in Zürich und Amsterdam, während es sich an den skandinavischen Plätzen erholte. Der französische Franken sank sehr erheblich. Das langsame Steigen des Dollars setzte sich fort.

Kurs der Reichsmark

	26. 3.	27. 3.	28. 3.	29. 3.	31. 3.	1. 4.	gegen Münzpari am 31. 3. bzw. 1. 4.
Zürich	45,80	44,60	45,25	45,—	—,—	44.75	— 63.74
Amsterdam	22,75	22,40	—,—	—,—	22,50	22,35	— 62,28
Stockholm	36.50	33,75	34,—	34,25	—,—	34.—	— 61,75
Kopenhagen	36 35	37,40	36,75	36,75	37,—	36,75	— 58,66
Kristiania	36,—	35,50	36.—	36	—,—	—,—	— —,—
Wien	—,—	—,—	203,05	206,20	—,—	208,35	+ 79,18

Kurs der österreichisch-ungarischen Krone

	26 3.	27. 3.	28 3.	29 3.	31. 3.	1 4	gegen Münzpari am 31. 3 bzw. 1. 4
Zürich	21.25	20,50	20 25	20,—	—,—	18,50	— 82,40
Amsterdam	10,45	10,15	10,15	10 15	9,—	9,10	— 82.15
Kopenhagen	17,50	18,—	18.—	—,—	18,—	—,—	— 76 29
Berlin	48,95— 49,05	48,95— 49,05	48.95— 49,05	48.45— 48,55	47.95— 48,05	47,95 — 47,95	— 44 09 — —,—

Kurs des Pfund Sterling

	26. 3.	27. 3.	28. 3.	29 3	31. 3.	1. 4.	gegen Münzpari am 31. 3. bzw. 1. 4.
Zürich	23,18	23,11	23,12	23,10	—,—	23,09	— 8 45
Amsterdam	11,53¼	11,45	—,—	—,—	11,47	11,44	— 5 28
Stockholm	—,—	17,15	17,08	17,12	—,—	17,16	— 5 84
Kopenhagen	18,25	18,27	18,26	18,30	18,32	—,—	— 1,26
Kristiania	17,80	17,91	17,80	17,88	—,—	—,—	— —

Kurs des französischen Franken

	26. 3.	27. 3.	28. 3	29. 3.	31. 3.	1 4.	gegen Münzpari am 31. 3. bzw. 1. 4
Zürich	85,80	84,25	84,10	84,—	—,—	82 80	— 17 20
Amsterdam	42,90	42,50	—,—	—,—	41,60	41,25	— 13 33
Stockholm	—,—	63,25	62,75	62,—	—,—	62,—	— 13,98
Kopenhagen	68,—	67,75	67,25	67,—	66,—	66,—	— 8,33
Kristiania	66,50	66,50	66,50	64,75	—,—	—,—	— —,—

Kurs des Dollar

	26 3.	27. 3.	28. 3.	29 3.	31. 3.	1. 4.	gegen Münzpari am 31. 3. bzw. 1. 4
Zürich	501,—	500,—	501,—	502,—	—,—	504,—	— 2,75
Amsterdam	249,05	249,—	—,—	—,—	250 25	249,50	+ 0 03
Stockholm	—,—	375,—	374,—	374,—	—,—	—,—	+ 0 23
Kopenhagen	395,50	395,50	397,50	—,—	398,50	—,—	+ 6,83
Kristiania	387,—	386,—	387,—	388,—	—,—	—,—	

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	18. 3.	27. 3.
Alexandrien	97 7/16 pari	97 7/16 pari
Bomb./Kalk	1 s 6 d—1 s 6 1/16 d	1 s 6 d—1 s 6 1/16 d
Hongkong	3 s 1¼ d	3 s 2 d
Shanghai	4 s 6½ d	4 s 8 d
Singapore	2 s 3 15/16 d—2 s 4 1/16 d	2 s 3 15/16 d—2 s 4 1/16 d
Yokohama	2 s 1 3/8 d—2 s 1 7/8 d	2 s 1 5/8-2 s 1 7/8 d
Montevideo T.T.	60¼ d—61¼ d	60¼ d—61¼ d
Rio de Janeiro	13 5/16 d	13 9/32 d
Bs. Aires T. T.	51 3/8 d—51½ d	51⅛ d—51 5/8 d
Valparaiso 90 T.	9½ d	9 9/16 d

Geldverfassung und Währungspolitik

Ein der Nationalversammlung zugegangener Gesetzentwurf setzt für das Jahr 1918 die vorweg an das Reich zu entrichtende Abgabe der Reichsbank auf 300 Mill. ℳ fest und erhöht außerdem die Quote des Mehrgewinns, die dem Reich zuzufallen hat, von 75 auf 80 %. Ferner wird, wie schon in einem Gesetz des Vorjahrs, bestimmt, daß die aus dem Geschäftsjahr 1918 für Kriegsverluste zurückzustellende Reserve bis zum Jahresschluß 1920 nur für diese Zwecke verwandt werden darf. („Deutsche Allg. Ztg." Nr. 142 v. 24. 3.)

Das Schatzamt und das Kommissariat des obersten polnischen Volksrats haben die Einfuhr von Marknoten, österreich-ungar. Kronennoten und russischen Rubeln nach den von den polnischen Truppen besetzten Gebieten verboten. Reisenden von außerhalb des betr. Gebietes ist es gestattet, für eigenen Bedarf nicht mehr einzuführen, als 400 ℳ bzw. 500 Kr bzw. 200 Rubel auf die Person. Es ist jedoch erlaubt, jene Noten aus Kongreßpolen ohne irgendwelche Einschränkung einzuführen. Notgeld ist in die Verordnung eingeschlossen. („Deutsche Allg. Ztg." Nr. 142 v. 24. 3.)

In Amsterdam trafen 50 Mill. ℳ deutschen Goldes zur Deckung der in Holland laufenden deutschen Verbindlichkeiten ein. („Frankft. Ztg." Nr. 227 v. 25. 3.)

Zu einem in der Schweiz ergangenen Einfuhrverbot für Kronennoten schreibt das „Journal de Géneve": Es handelt sich bloß um eine zeitweilige reine Vorsichtsmaßregel. Die Schweiz will nicht der Kanal sein für die Repatriierung der im Ausland befindlichen Kronennoten. Daher werden die Schweizer aufgefordert, ihre Kronennoten in den Banken zu deponieren. Der Dienst wird dann in der Nationalbank zentralisiert. Man wird die Regierungen der auf dem Boden der ehemaligen Monarchie entstandenen Staaten wissen lassen, daß man sie solidarisch für haftbar hält, soweit es sich um Kronennoten in Schweizer Besitz handelt.

Die Bank von Norwegen hat bei der Regierung eine Erhöhung des Notenausgaberechts beantragt. Danach soll es der Bank gestattet sein, Noten steuerfrei bis zum doppelten Betrage ihres Goldbestandes und bis zu ¾ des im Auslande befindlichen Goldes, erhöht um 70 Mill. Kr, auszugeben. Im Falle von Kriegsgefahr oder sonstiger dringender Not kann der König außerdem die Ausgabe von 70 Mill. Kr gestatten. Bei dem jetzigen Goldbestande von 121,73 Mill. Kr würde die Bank nach den neuen Regeln für 404,86 Mill. Kr Noten ohne Überschreitung ausgeben können, anstatt jetzt für 256,41 Mill. Kr. („Frankft. Ztg." Nr. 227 v. 25. 3.)

Eine Heraufsetzung des Silberpreises wird aus London gemeldet. Der Preis der Unze, der sich seit mehr als Monatsfrist auf 47¾ d gestellt hatte, wurde auf 49 5/16 d erhöht und erreichte damit wieder fast den höchsten Stand, den der Silberpreis im Jahre 1918 aufwies, als ihn das britische Schatzamt am 20. August auf 49½ d festsetzte. Seit dieser Zeit traten auf Anordnung des Schatzamtes die folgenden Preisänderungen ein:

20. Aug. 1918	49½ d	11. Febr. 1919	47⅞ d
13. Nov. 1918	48¾ d	20. Febr. 1919	47¾ d
6. Dez. 1918	48 7/16 d	26. März 1919	49 5/16 d

In den Zeiten vor dem Kriege schwankte der Silberpreis in der Regel um 27 d pro Unze, auf solchen Stand war er auch nach vorübergehender Steigerung Mitte 1916 wieder angelangt. Dann ging es bergauf, bis sich Ende Sept. 1917 am freien Markt ein Preisniveau von 55 d herausgebildet hatte, das gleichbedeutend mit dem höchsten Stande war, den der Silberpreis überhaupt im Kriege inne hatte. („Berl. Tageblatt" Nr. 134 v. 27. 3.)

Im brasilianischen Bundeskongreß wurde ein Gesetzentwurf eingebracht über die Gründung einer zentralen Emissions- und Diskontobank mit einem Kapital von 100 000 Contos. Als Grundlage für die Notenausgabe soll ein Depot von 200 000 Contos Gold dienen, das z. T. aus dem Verkauf von Kaffeebeständen des Staates Sao Paulo, zum anderen Teil aus dem Goldbestande der jetzigen Konversationskasse erzielt werden soll. („Nachrichtendienst d. deutsch-brasilianischen Handelsverbandes E. V." Nr. 2.)

Nach dem Jahresbericht des Schweizer Bankvereins hat in neun kriegführenden Ländern (Finnland eingeschl.) der durchschnittlich auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Umlauf von Papiergeld von Juni 1914 bis Ende 1918 von 2 £ 10 s auf 45 £ 14 s zugenommen, in 7 neutralen Ländern nur von 4 £ 2 s auf 8 £ 18 s; für Rußland beträgt die Anfangszahl 1 £ 2 s und die Endzahl 135 £ 6 s.

Staatsanleihen

Die Alliierten haben erklärt, Zinszahlungen seitens der türkischen Regierung auf die 5%ige ottomanische innere Anleihe nicht zulassen zu können, bevor die Zinsen auf die im Besitz von Angehörigen der Ententemächte befindlichen Anleihen gezahlt seien. Die Alliierten haben daher die Ottomanische Bank veranlaßt, die fraglichen Zinszahlungen zurückzuhalten und die hierfür in Betracht kommende Summe zur Verfügung der Verwaltung der „Dette publique Ottomane" zu stellen. („Inf." 11. 3.)

Der „Conseil administratif du Liban" hat eine Anleihe von 100 000 Ltq beschlossen, um die verschiedenen Zahlungsverpflichtungen des Landes sicherzustellen. Die Anleihe, die von der französischen Regierung gewährt wurde, ist in zehn Jahren rückzahlbar. („Corr. d'Orient" 15. 2.)

In Paris wurde lt. „F. Z." ein Schutzkomitee der Besitzer türkischer Werte gegründet. Die Größe der französischen Interessen in der Türkei wird vom „Office National des Valeurs Mobilières" auf 2,7 Milliarden fr geschätzt. Von diesem Betrag entfallen 1,8 Milliarden fr auf öffentliche und 900 Mill. fr auf private Werte. Durch die Unterbrechung der Kuponeinlösung sollen Zinsrückstände von etwa 200 Mill. fr für die öffentlichen und 80 Mill. fr für die privaten Papiere entstanden sein.

Die Gemeinde Amsterdam plant die baldige Ausgabe einer 5%igen 20 Mill. fl-Anleihe. („F. Z." 12. 3.)

Nach „Ag. Ec. et Fin." vom 12. 2. haben die spanischen Banken dem französischen Konsortium eine Krediterhöhung von 70 Mill. Pts, zahlbar in zweimonatlichen Raten, gewährt. Der eingeräumte Kredit beträgt nunmehr 420 Mill. Pts.

Infolge Nichtzahlung der Dezember-Kupons auf die 4½%ige bulgarische Anleihe von 1909, sowie um die übrigen bulgarischen Anleihen, die in der Schweiz untergebracht sind, sicherzustellen, hat sich in Genf ein Ausschuß zum Schutz schweizerischer Inhaber bulgarischer Werte gebildet. („Inf." 6. 3.)

Lt. „F. Z." vom 28. 3. wird am 15. 4. eine 6%ige griechische Anleihe von 75 Mill. Drachmen zu 95 % begeben, die rückzahlbar ist durch Auslosung im Jahre 1939 und Sicherstellung durch die Mehrerträge der der „Dette" zugewiesenen Einkünfte sowie durch die Zolleinnahmen der griechischen Häfen erfährt. Die Bonds der nationalen Verteidigung werden dabei zu einem 1 % über ihrem Nominalwert liegenden Kurs in Zahlung genommen.

Zur belgischen 300 Mill. Anleihe wird von amtlicher Seite im Brüsseler „Soir" vom 16. 2. mitgeteilt, daß in Wirklichkeit der Zinsfuß dieser mit amerikanischen Bankiers abgeschlossenen Kreditanleihe mehr als 6 % beträgt. Die belgischen Banken haben unter Führung der „Banque Nationale" auf jeden Gewinn bei diesem Geschäft verzichtet. Die über den von den Banken festgesetzten Zinsfuß hinausgehenden Kommissionsgebühren fallen den amerikanischen Vermittlern zu.

Der Nominalbetrag der konsolidierten britischen Schuld betrug Ende März 1918: 5921 Mill. £ gegen 4064 Mill. £ Ende März 1917 und 706 Mill. £ am Schlusse des Fiskaljahres 1913/14. („Inf." 12. 3.)

Laut „Inf." vom 11. 3. wird die australische Regierung im Juli eine 30 Mill.-£-Anleihe begeben, um den Geldern, die infolge der Demobilisation und der Rückkehr der Truppen frei geworden sind, zweckmäßige Anlage zu gewähren.

„Inf." vom 12. 3. meldet aus New-York, daß man in den dortigen Regierungskreisen für den Erfolg der Siegesanleihe, die am 21. 4. begeben werden soll, fürchtet. Grund zur Besorgnis bieten die Eisenbahnschwierigkeiten, die ihre Rückwirkung auf die Ergebnisse der Eisenbahngesellschaften sowie der gesamten Industrie üben werden. Man befürchtet sogar eine industrielle Krise jetzt.

Reuter meldet lt. „Fin. News" vom 12. 2. aus Washington, daß der Schatzamtssekretär beim Kongreß beantragt habe, den Betrag der für April genehmigten Freiheitsanleihe auf 10 Milliarden $ zu erhöhen und weiter die Ausgabe von fünfjährigen Treasury Notes im Betrage von nicht über 10 Milliarden $ zu genehmigen.

Da der amerikanische Kongreß die Vorschläge des Staatsschatzes nicht ratifiziert hat, sind einstweilen die den Alliierten gewährten Kredite auf 1158 Mill. $ beschränkt. („Inf." 12. 3.)

Lt. „F. Z." vom 13. 3. hat das amerikanische Schatzamt den Alliierten folgende neue Vorschüsse gemacht: Frankreich 100, Belgien 40, Italien 20, Tschecho-Slowakien 18 Mill. $. Die Gesamtsumme der den Verbündeten bis jetzt gewährten Vorschüsse beträgt 8842 Mill. $, und zwar 2517 Mill. $ an Frankreich, 1405 Mill. an Italien, 339 Mill. an Belgien und 35 Mill. an Tschecho-Slowakien.

Die Verweigerung der verlangten 3 Milliarden-$-Kredite durch den amerikanischen Senat wird in der „Inf." vom 7. 3. als einzig dastehender Fall in der Finanzgeschichte der Vereinigten Staaten betrachtet. Als Grund hierfür wird bezeichnet, daß die demokratischen Führer dem Präsidenten Wilson ein Mißtrauensvotum ausdrücken wollten.

Lt. „F. Z." vom 8. 3. meldet „Daily Telegraph" aus Washington, die Verweigerung der verschiedenen Kredite in Höhe von 4 Milliarden $ werde eine verhängnisvolle Wirkung für die amerikanische Industrie haben, falls die Weigerung des Senats bestehen bleibt. Es dürfte jedoch Wilson voraussichtlich gelingen, die Kreditbewilligung durchzusetzen. Durch Nichtbewilligung würde er die für Juni angesetzten Beträge für Verbesserung der Eisenbahnen in Höhe von 750 Mill. $ aufschieben müssen, wodurch auch die Aufträge für die Stahlindustrie stark verzögert werden würden.

Die amerikanische Regierung wird die Garantie der neuen mexikanischen 90 Mill. $ Anleihe übernehmen. Man erwartet, daß die Vereinigten Staaten die Schutzvormacht zur Sicherung der mexikanischen Finanzen werden. („F. Z." 12. 3.)

Anfang der Jahres war in Rio de Janeiro das Gerücht verbreitet, die brasilianische Bundesregierung verhandele mit nordamerikanischen Kapitalisten wegen Aufnahme einer Anleihe zur Konversion der äußeren Schuld des Landes. Die Regierung ließ dagegen erklären, sie denke „für den Augenblick" nicht daran, im Ausland Verhandlungen über irgendwelche Kreditoperationen zu führen. („Dt.-Brasil. H.-Vbd." 13. 3.)

Schiffahrt und Schiffbau

England

Gewinnbeteiligung von Werftarbeitern. Die Schiffbaufirma William Gray & Co., Ltd., West-Hartlepool, hat mit ihren Arbeitern ein Abkommen getroffen, wonach diese ein Fünftel des Geschäftsgewinnes zur Teilung unter sich erhalten. Das Abkommen ist zunächst für 3 Jahre geschlossen, und die Bedingungen sind im wesentlichen folgende: Gewinnberechtigt sind alle männlichen und weiblichen Arbeiter, die das 21. Lebensjahr vollendet und mindestens 12 Monate bei der Firma gearbeitet haben. Der Gewinnanspruch geht verloren, wenn ein Arbeiter im Laufe eines Geschäftsjahres mehr als 12 Arbeitstage ohne genügenden Grund versäumt. Als Versäumnis werden auch Streiktage gezählt, wenn der Streik nicht gewerkschaftlich beschlossen ist oder wenn nicht in dem ganzen Bezirke gestreikt wird. Gewerkschaftlich angeordnete Streiks, Streiks im ganzen Bezirke und Aussperrung werden nicht als Versäumnis gerechnet.

Bekanntlich hat schon vor etwa 10 Jahren die Werft von Furness, Withy & Co., Ltd., Westhartlepool, den Versuch einer Interessengemeinschaft mit ihren Arbeitern gemacht. Im Gegensatz zu dem jetzigen Gray'schen Gedanken der reinen Gewinnbeteiligung handelte es sich aber damals um eine Kapitalbeteiligung der Arbeiter mit einer Gewinngarantie. Jedem Arbeiter wurden bestimmte Lohnabzüge gemacht, wogegen er Anteile an dem Geschäftskapital in gleicher Höhe erwarb. Diese Anteile nahmen ebenso wie das übrige Geschäftskapital am Gewinn (nicht am Verlust) teil und wurden — auch für den Fall eines geringeren Gewinnes oder eines Verlustes — mit einer Gewinngarantie von 4 v. H. ausgestattet. Diejenigen Arbeiter, welche ihre Arbeitsstätte verließen, gingen des Gewinnanspruches verlustig.

Der Furness'sche Plan datiert vom Oktober 1908; er wurde den Gewerkschaften im November 1908 unterbreitet und von diesen angenommen. Mitte April 1910 wurde das Abkommen seitens der Arbeiter mit der Begründung wieder aufgehoben, daß sie die Abzüge zum Erwerb der Kapitalbeteiligung aus den Arbeitslöhnen nicht tragen könnten. Wahrscheinlicher ist es aber, daß die Gewerkschaften die Arbeiter zur Aufhebung des Abkommens veranlaßten, weil sie auf die Freizügigkeit der Arbeiter und ihre durch das Abkommen stark gehemmte Streikwilligkeit im Gewerkschaftsinteresse nicht verzichten konnten. Da diese Gesichtspunkte auch heute noch in unvermindertem Maße Gültigkeit haben, und da die Gewerkschaftsführer jeder Interessengemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer widerstreben, die aus der Initiative der ersteren entspringt, so sind auch die Meinungen über den Erfolg des Gray'schen Gewinnbeteiligungssystems sehr geteilt, und seine Zweckmäßigkeit wird sich erst durch die Praxis beweisen müssen. *Hb.*

Reedereizusammenschluß. Die General Steam Navigation Co., Ltd., London, hat die Firmen G. R. Haller, Ltd., Hull, und Leach & Co., Ltd., London, angekauft und übernimmt deren regelmäßige Linien zwischen London und Hull, sowie zwischen London und Chent. Die letztere Firma begründet die Aufgabe

ihres Geschäftes damit, daß fast ihre sämtlichen Dampfer torpediert wurden und daß sie durch das Bauverbot verhindert war, Ersatzdampfer bauen zu lassen.

Hb.

Frankreich

Frachtraumverluste der französischen Handelsflotte während des Krieges. Nach „Le Lloyd Français" hat die französische Handelsflotte in den letzten fünf Jahren infolge von Kriegsmaßnahmen, Seeunfällen, Abnutzung usw. verloren

343 Dampfer von	783 661	Br.-Reg.-T.
399 Segler und Fischerfahrzeuge von	237 605	„
742 Schiffe von	1 021 266	Br. Reg.-T.

Von den Dampfern maßen 34 über 5000 und 4 über 12 000 Br.-Reg.-T. Die größten der verloren gegangenen Schiffe waren die Dampfer „Gallia" (14 966 Br. Reg.-T.) und „La Provence" (13 753 Br. Reg.-T.), jener der Compagnie de Navigation Sud-Atlantique, dieser der Compagnie Générale Transatlantique gehörig. Beide wurden 1916 versenkt. Auf die einzelnen Jahre verteilten sich die Frachtraumverluste wie folgt:

	Dampfer Br.-R.-T.	Segler u. Fischerfahrzeuge B.-R.-T.	Zusammen Br.-R.-T.
1914	9 621	12 481	22 102
1915	99 943	21 606	121 549
1916	147 484	43 704	191 188
1917	330 594	123 902	454 496
1918	196 019	35 912	231 931
Zusammen...	783 661	237 605	1 021 266

A. K.

Spanien

Neue Bestimmungen über die Requisition der spanischen Schiffe durch die heimische Regierung trifft ein vom 17. Febr. datiertes Königliches Dekret. Danach haben die Reeder für den Nahrungsmittel- und Kohlentransport des Landes, für die Beförderung der asturischen Kohle zwischen den Küstenplätzen und für andere Transporte, die das Versorgungsministerium für nötig halten wird, einen Frachtraum von 150 000 Tonnen Tragfähigkeit zu stellen. Im übrigen steht die spanische Handelsflotte zur Verfügung ihrer Eigentümer, die sie verchartern oder selbst verwenden können, ohne dabei an eine Zustimmung der Seefahrtskommission gebunden zu sein.

A. K.

Vereinigte Staaten

Künftige amerikanische Schiffahrtspolitik. Die Erwartung der amerikanischen Reeder, daß Mr. Hurley, der Leiter des Schiffahrtsamtes, sich nach Rückkehr von seiner dreimonatlichen Europareise über die Richtung, in der die künftige Schiffahrtspolitik der amerikanischen Regierung gehen soll, mit etwas mehr Bestimmtheit als bisher äußern würde, hat sich nicht erfüllt. Insbesondere bleibt die Hauptfrage, ob die Regierungsschiffe weiter unter Regie des Staates fahren oder an die Privatreeder abgegeben werden sollen, nach wie vor ungeklärt. Der staatliche Schiffahrtsbetrieb scheint seine entschiedensten Vertreter im Marinedepartment zu haben, dessen Leiter noch kürzlich erklärte: „No man now living will see, unless wisdom departs from us, the Government retire from business of building and operating cargo carrying ships." Die Regierung scheut sich offenbar, die Verantwortung für eine bestimmte Politik, die sich später als falsch erweisen könnte, auf sich zu nehmen. Sie hat einen Ausweg gewählt und die U. S. Chamber of Commerce veranlaßt, eine Meinungsäußerung über die hauptsächlichsten, den künftigen Betrieb der amerikanischen Handelsflotte betreffenden Fragen bei den verschiedensten an der Schiffahrt interessierten wirtschaftlichen Körperschaften herbeizuführen. Erst wenn das Ergebnis dieser Umfrage vorliegt, will die Regierung ihre Entscheidung treffen. Die Handelskammer beabsichtigt, eine Studienkommission einzusetzen, die sich aus den Vertretern aller in Betracht kommenden Kreise, als Reeder, Schiffbauer, Verlader, Industrielle, Marine-Sachverständige usw. zusammensetzen wird. Ihre Aufgabe wird es sein, auf Grund der eingeholten Meinungsäußerungen Klarheit darüber zu gewinnen, welche Wünsche die Mehrheit des wirtschaftlichen Amerikas hinsichtlich des künftigen Betriebes der Flotte und der Organisation der amerikanischen Schiffahrt hegt.

In Reederkreisen ist man von diesem aufschiebenden Schritt des Schiffahrtsamtes wenig erbaut. Man ist der Ansicht, daß Schiffahrtsfragen nur von Schiffahrts-Sachverständigen entschieden werden sollten, und weist nicht mit Unrecht darauf hin, daß aus allen Kreisen, bei denen ein gewisser Sachverstand für Schiffahrtsdinge vorausgesetzt werden dürfe, bereits Meinungsäußerungen zur Genüge vorliegen. Auch glaubt man, daß das Schiffahrtsamt, das doch die beste Übersicht über di Lage der Schiffahrt besäße, mit allen einschlägigen Fragen vertraut sei und über ein reiches Material von Informationen verfüge, hier führend vorangehen müsse, anstatt sich, wie es den Anschein habe, durch Herbeiführung eines gewissen Mehrheitswillens seinen Weg vorschreiben zu lassen. Man zweifelt daran, daß die Umfrage neue Gesichtspunkte für die Beurteilung der zu prüfenden schiffahrtspolitischen Maßnahmen bringen wird. Jedenfalls dürfe Mr. Hurley sich keineswegs als an das Ergebnis der Umfrage gebunden erachten.*) *A. K.*

Die Kürzung der Frachtraten um 66 %, zu der sich das Schiffahrtsamt durch das Vorgehen der englischen Linien gezwungen sah, hat das Vertrauen der amerikanischen Privatreeder auf künftige Rentabilität stark erschüttert. Nach einer kürzlich gemeldeten Äußerung des Präsidenten der Kerr Steamship Co. wird sie für manche Privatbetriebe direkt als verhängnisvoll angesehen, denn die niedrigen Raten der Regierungsschiffe drücken naturgemäß auf den Markt derart, daß nur wenig Frachten zu höheren Sätzen zu erhalten sind. Mit der Auslieferung der deutschen Schiffe wird sich dieser nachteilige Einfluß der Regierungstonnage noch verstärken. Mr. Kerr sieht einen Ausweg aus dieser Situation in der schnellen Überweisung der Regierungsschiffe an die privaten Reedereien, die dann versuchen würden, am offenen Markt möglichst günstige Raten zu erzielen und die Einnahmen durch geschicktes und rasches Operieren zu vergrößern. Die Regierung solle für ihr in den Schiffen investiertes Kapital einen festen Ertrag erhalten, jedoch müsse sie einen Teil der Beschaffungskosten der Schiffe als Kriegskosten abschreiben, da die Reeder keine Abgabe auf der Grundlage der Kriegspreise leisten könnten. Die Geschäftsführung der Reeder könne durch die Regierung überwacht werden. Sofern also eine Reederei zu hohe Raten nähme oder unfeine Geschäftsmethoden anwende, die zu Klagen der Verlader Anlaß gäben, könne sie von der Regierung zur Rechenschaft gezogen werden. *A. K.*

Die Revision des amerikanischen Schiffbauprogramms, mit der das Schiffahrtsamt zurzeit noch immer beschäftigt ist, scheint zu beträchtlicheren Abstrichen zu führen, als man bisher nach den Ankündigungen der führenden Männer anzunehmen geneigt war. Die bis Mitte Februar für ungültig erklärten oder suspendierten Baukontrakte umfaßten bereits einen Frachtraum, der nach Mitteilung des Präsidenten des Schiffahrtsamtes auf 2 700 000 t dw zu schätzen war. Etwa ein Fünftel des noch ausstehenden Programms wird also teils gestrichen, teils für spätere Ausführung zurückgestellt. Daß diese beträchtliche Kürzung den maßgebenden Stellen noch zu gering erscheint, läßt sich aus einem Bericht entnehmen, den Mr. Hurley dem zuständigen Komitee des Repräsentantenhauses kürzlich erstattete und in dem auf die nachteiligen Folgen etwaiger weiterer Kürzungen hingewiesen wurde. „Weitere Abstriche" so führt er aus, „würden unsere Kosten eher erhöhen als verringern, denn wir nähern uns allmählich dem Punkte, wo die Entschädigungsansprüche der Werften für die Aufhebung oder den Aufschub der Bauaufträge die Kosten, die die Ausführung dieser Aufträge verursachen würde, übersteigen mußten. Damit würden wir die Organisation und Maschinerie unseres Schiffbaus zerstören, unsern Arbeitsmarkt belasten und das in den Werften angelegte private und nationale Kapital gefährden". Die schwierige Lage, in der sich der amerikanische Schiffbau angesichts der mit dem Abbruch der Feindseligkeiten eingetretenen veränderten Verhältnissen befindet, wird hier in voller Deutlichkeit fühlbar. Die Rücksicht auf die während des Krieges entwickelte riesige Werftindustrie und die zahlreichen abgeschlossenen Kontrakte zwingen zum Weiterbau in einem Umfange und zu Preisen, bei denen weder die tatsächlichen Bedürfnisse des Verkehrs noch der Ausblick auf die künftige Wettbewerbsfähigkeit der Schiffe die Grenzen bestimmen. *A. K.*

*) Nach einer während der Drucklegung dieser Zeilen bekannt werdenden Washingtoner Kabeldepesche — wir entnehmen sie dem „Liverpooler Journal of Commerce" — hat Mr. Hurley jetzt in einer an die National Marine League gerichtete Adresse seine Pläne dargelegt. Sie wählen den Mittelweg zwischen dem staatlichen Betrieb einerseits und dem uneingeschränkten Privatbetrieb andererseits. Hurley stellt fest, daß die Regierung jetzt 555 stählerne Seeschiffe mit 3 385 475 t dw besitze und daß noch 1335 weitere Schiffe von 9 275 006 t dw bestellt seien. Nach Ausführung dieses Bauprogramms werden von der im nächsten Jahre voraussichtlich vorhandenen amerikanischen Tonnage von 16 732 700 t dw, etwa 70 % der Regierung gehören. Er schlägt den Verkauf dieser Regierungs-Tonnage zu einem Welt-Marktpreis vor. Der Verkauf soll nur an Bürger der Vereinigten Staaten stattfinden, die die Schiffe unter amerikanischer Flagge fahren lassen und in ihrem Betrieb keinen anderen Beschränkungen als denen des Verkaufsverbotes an Ausländer und der Höchstfrachten auf den regelmäßigen Überseelinien unterworfen sind. Der Kaufpreis der Schiffe muß in 10 Jahren abgetragen sein. Hurley ist der Ansicht, daß seine Pläne die Genehmigung des Kongresses finden werden.

Schiffbauleistung 1918 der Bethlehem Steel Shipbuilding Corporation. Mit einem Jahresergebnis von 45 abgelieferten Schiffen, die eine Gesamttragfähigkeit von 400 000 t dw besitzen, steht die Bethlehem Steel Shipbuilding Corporation an der Spitze der amerikanischen Werften. Sie verfügt zurzeit über 5 vollständig ausgebaute und betriebsfähige Werften. Der Bau einer 6. großen Werft, der noch nicht weit über die Anfänge hinaus gediehen war, wurde bei Abschluß des Waffenstillstandes eingestellt. Die beste Bauleistung hatte ihre Union-Werft (Union Iron Works) in Alameda Cal. aufzuweisen. Dort wurden 8 Tankdampfer von je mehr als 10 000 t dw, 9 Frachtdampfer von je 11 800 t dw und ein Frachtdampfer von 6000 t dw, insgesamt also über 200 000 t dw fertiggestellt. Auf der bei Baltimore gelegenen Sparrows-Point-Werft wurden 6 Frachtdampfer, 1 Tankdampfer und 3 Erzdampfer in der Größe von je 6000—11 490 t dw fertiggestellt, 2 weitere Tankdampfer und 1 Frachtdampfer konnten bis Jahresschluß zu Wasser gelassen werden. Die Harlan-Werft (früher Harlan & Hollingworth) bei Wilmington, Del., lieferte 1 Frachtdampfer von 11 720 t dw, 2 Tankdampfer von je 8130 t dw und 6 Frachtdampfer von je weniger als 5000 t dw, insgesamt also 9 Dampfer von etwa 50 000 t dw. Auf der Fore-River-Werft bei Quincy, Mass., wurden 6 Frachtdampfer in der Größe von je 8300 bis 12 000 t dw gebaut. Die 5. und letzte Werft der Corporation, die Moore-Werft bei Elizabeth, New-Jersey, konnte 2 Schiffe von je 3880 t dw und 4 Schlepper fertigstellen.

A. K.

Kanada

Der kanadische Schiffbau durch hohe Arbeitslöhne gehemmt. Behördlichen Mitteilungen aus Ottawa zufolge hat die kanadische Regierung sich entschlossen, von einer weiteren Vergebung von Schiffbauaufträgen vorerst abzusehen, es sei denn, um die Werftarbeiter in Beschäftigung zu erhalten oder um das in den Werften investierte Kapital vor allzu großen Verlusten zu bewahren. Die Durchführung des Bauprogramms der künftigen staatlichen Handelsflotte ist damit also vorläufig unterbrochen. Veranlaßt ist dieser Beschluß der Regierung durch die hohen Kosten des kanadischen Schiffbaues. Wie die Union so hat auch Kanada in den letzten Kriegsjahren Werften und Schiffe gebaut, ohne lange Rentabilitätserwägungen anzustellen. Jetzt, nachdem die durch den Krieg geschaffenen besonderen Verhältnisse aufhörten, sieht es sich einer zu teuer arbeitenden Werftindustrie und Schiffen gegenüber, deren hohe Einstandskosten einen künftigen erfolgreichen Wettbewerb mit anderen Flaggen, insbesondere der englischen, als sehr zweifelhaft erscheinen lassen. Auf englischen Werften werden gegenwärtig Schiffe zu etwa 90 $ pr. t dw gebaut, während sie auf kanadischen Schiffbauplätzen etwa 190—205 $ erfordern. Die Regierung hat bisher Neubauten mit einer Gesamttragfähigkeit von 263 950 t bestellt, deren Kosten sich auf 52 791 450 $ belaufen. Eine Aussicht, künftiger billiger zu bauen, besteht nicht. Vor allem sind es die hohen Löhne der kanadischen Werftarbeiter, die die hohen Baukosten veranlassen. Der Durchschnitts-Wochenlohn der hauptsächlichen Arbeitergruppen beträgt jetzt:

	in Montreal	in England
für Werftarbeiter	28,80 $	16,50 $
„ Kalfateier..	29,15 „	15,55 „
„ Nieter	29,15 „	15,55 „

Auch die kanadischen Materialpreise erheben sich beträchtlich über die englischen. Zwar ist es gelungen, den Bezug von Stahlplatten aus den Vereinigten Staaten in einer Menge, die bis Mitte 1919 ausreichen wird, und zu einem Preise, wie ihn das amerikanische Schiffahrtsamt zahlt, sicher zu stellen, der Vorteil dieser Vereinbarung wird indessen durch die hohen Transportkosten wieder wettgemacht.

Unter diesen Umständen erschien es der Regierung ratsamer, von einer weiteren Vergrößerung des staatlichen Schiffbauprogramms vorläufig abzusehen. Von den bestellten Schiffen sind zwei — der Canadian Voyageur zu 4300 und der Canadian Pioneer zu 8100 t — Ende vorigen Jahres von Stapel gelaufen. Bis Frühjahr 1919 sollten weitere 7—8 Schiffe fertig werden.

A. K

Rohstoffe und Warenmärkte

Diamanten

England. Diamantenhandel und Schleiferei, die vor dem Krieg in der Hauptsache in Holland, Belgien und Nordfrankreich seßhaft waren, obgleich 98% der Weltproduktion aus den englischen Kolonien stammt, haben in den letzten Jahren bedeutenden Aufschwung genommen. In Brighton befinden sich lt. „Times“ v. 26. 2. jetzt 2 Schleifereien in voller Tätigkeit; zwei weitere, die 1500 Menschen beschäftigen können, sind geplant. Auch in Cambridge, Wrexham (Wales) und Fort William (Schottland) sollen Schleifereien errichtet werden. Man will in großem Maßstabe Kriegsbeschädigte im Schneiden und Polieren der Steine ausbilden.

Der Londoner Markt steht seit seiner Wiedereröffnung dauernd im Zeichen der Hausse. Fürs erste dürfte nach dem bekannten Freitags-Bericht der „Fin. News“ nicht mit einer Änderung zu rechnen sein, denn der Mangel ist auf die vorsichtige Produktion der großen Diamantgesellschaften zurückzuführen. Eine andere Ursache der Hausse ist der ungeheure Bedarf diesseits und jenseits des Ozeans. Sehr gekauft sind zurzeit auch die minderen Sorten für Schneidezwecke. Das bleibt auch auf die mittleren und höchsten Grade nicht ohne Einfluß.

Die Südweststeine, die das Diamantensyndikat Ende Januar zum Verkauf brachte, waren in ein paar Stunden vergriffen. In Edelsteinen und Schmuckwaren wurden große Käufe nach Südamerika, dem fernen Osten und Indien gemacht. Nie zuvor war das Geschäft so blühend. Infolgedessen zogen auch die Aktien der großen Syndikate an.

Die Einfuhr, die seit dem 28. 7. 15 verboten war, ist seit dem 10. 2. wieder frei.

Für die Ausfuhr nach den Ver. Staaten ist seit 1. 2. keine besondere Erlaubnis erforderlich, das Diamond Export Committee ist aufgelöst.

Belgien. Aus Antwerpen wird dem „N. R. C.“ v. 21. 2. gemeldet, daß sich die Rückkehr der fremden Arbeiter der Diamantindustrie nur langsam vollzieht. Um die Schleiferei neu zu beleben, werden weitgehende Erleichterungen für die Arbeiter gewährt. 1914 hatte Antwerpen 200 Schleifereien, die etwa 20000 Arbeitern einen Gesamtverdienst von rund 100 Mill. fr jährlich boten. Was die 3—4000 Fabrikanten und Makler verdienten, läßt sich zahlenmäßig nicht feststellen. Aus dem Kongogebiet sind die ersten Sendungen Kassai-Diamanten in Antwerpen eingetroffen.

Holland. In der Lohnbewegung der Diamantschleifer ist es lt. „N. R. C.“ noch nicht zu einer endgültigen Einigung zwischen dem Alg. Ned. Diamantbewerkersbond und der Amsterdamsche Juweliersvereeniging gekommen. Die Arbeitslosigkeit ist seit 1911 in dauernder Zunahme begriffen.

Vereinigte Staaten. Die Bestrebungen, die Diamantschleiferei nach den Ver. Staaten zu ziehen, sind während des Krieges gut vorang kommen. Während 1913 noch zwei Drittel der Einfuhr aus ungeschliffenen Steinen bestand — 27 Mill. $ in 1913, 18 Mill. in 1914 — zeigte die Einfuhr 1918 zum ersten Mal einen größeren Wert der ungeschliffenen Steine. Auch die Herkunft hat sich geändert. Vor dem Krieg kam nur ein ganz kleiner Teil der Einfuhr aus England, das jetzt den Markt beherrscht.

Die Einfuhr betrug in Mill. $:

	1900	10	13	14	15	16	17	18
geschliffen ...	11,7	29,5	27,2	17,8	8,5	20,6	21,9	13,9
ungeschliffen .	6,5	10,2	12,3	7,4	3,4	11,4	12,4	13,9
zusammen ...	18,2	39,7	39,5	25,2	11,9	32,0	34,3	27,8

davon aus	England	Belgien	Holland	Frankreich
1914	6	10	8	2
1917	13	0	—	1,5

Den gegenwärtigen Gesamtwert der Diamanten in den Ver. Staaten gibt die „Afr. World“ v. 8. 2. nach einer Schätzung der National City Bank mit einer Milliarde an, gegen 500 Mill. in 1900. Demnach besitzen also die Ver. Staaten die Hälfte aller Diamanten in der Welt.

Japan. Für die neugegründete Diamantschleiferei wurden Maschinen in England bestellt. Man will in der Hauptsache südafrikanische Diamanten verarbeiten.

Britisch-Südafrika. Es wurde, lt. „Inf.“ v. 10. 2., im Parlament beantragt, den Ausfuhrzoll auf 10 % zu erhöhen, um

die Diamantschleiferei im Lande zu fördern. Die Debeers Mine richtet auf Verlangen der Regierung in Kimberley eine Schleiferei ein.

Gold und Silber

Weltproduktion. Die Gold-Erzeugung zeigte 1918 eine Abnahme von 20 % gegen 1915. Die genauen Zahlen in Mill. £ lauten nach der „Times" v. 11. 2.:

	1913	1914	1915	1916	1917	1918
Transvaal	37,4	35,6	38.6	39,5	38,3	35,8
Britisches Reich	57,0	55,2	58,7	59,6	56,1	50,7
Andere Länder	37,7	37,4	38,1	33,9	30,9	26,9
Welt	94,7	92,6	96,8	93,5	87,0	77,6

Die Silbererzeugung der Welt betrug nach den Schätzungen der Firma S. Montagu 1918 wie 1917 160 Mill. oz.

In Deutschland wurde der Silberhöchstpreis aufgehoben. Der Preis der Kriegsmetall A. G. ist auf 250 ℳ das kg festgesetzt.

Mineralien

Asbest. Der Preis für kanadischen Asbest ist lt. „I. O. C." v. 11. 12. von 28 04 $ in 1913 und 26,96 in 1914 bis Ende 1918 auf 52 45 je t gestiegen.

Graphit. Ceylon verschiffte 1917 523 940 cnts i. W. v. 1,4 Mill. £ gegen 668 216 cnts i. W. v. 1 459 Mill. £ in 1916. 84 % der Ausfuhr gingen nach den Vereinigten Staaten, der Rest fast ganz nach England. Die Vereinigten Staaten haben seit 11. 1. alle Einfuhrbeschränkungen aufgehoben.

Die Erzeugung in der Provinz Quebec betrug 1918 rd. 1 Mill. lbs gegen 957 100 im Vorjahr.

Marmor. Italien beabsichtigt lt. „Tribuna" v. 23. 1. das Ausfuhrverbot für Marmor wiederaufzuheben. Die Marmorindustrie hat durch Arbeitermangel und besonders auch durch die Verschiffungsschwierigkeiten sehr gelitten. Man plant Porto della marina, den Ausfuhrhafen von Carrara, auszubauen.

Schwefel. Italiens Erzeugung hat wieder zugenommen.

	Erste Hälfte 1918	gl. Zeit 1917
Erzeugung	99 664	79 929
Ausfuhr	126 504	73 574
Vorrat am 30. 6.	121 168	153 823

Die Jahreserzeugung betrug 1916 1,6 Mill. t gegen 2,3 in 1914. Das Consorzio obligatorio per l'Industria zolfifera in Palermo ist ab Juli 1918 auf 12 Jahre verlängert worden.

Spanien erzeugt jetzt rd. 11 000 t i. W. v. 2,7 Mill. Pes. jährlich. Es werden jährlich etwa 47 000 t Schwefelkies aus den Vorkommen von Ameria verarbeitet.

Mexiko. Zur Ausbeutung eines Schwefelvorkommens in Barstow, Texas, soll eine Zweiglinie der Atchison, Topeca und Sante Fe Bahn gebaut werden. Ein anderes Syndikat plant lt. „Wall Str. J." in Mexiko Schwefel aus dem Krater des Popocatepetl zu gewinnen. Es wird dort seit über 400 Jahren Schwefel in primitivster Weise gewonnen.

Metalle

Niederländisch-Indien. Die Gewinnung von Bankazinn betrug 1918 142 186 Pikul gegen 161 238 in 1917.

Japan. Für die Eisen- und Stahlindustrie nennt das „B. T. J." v. 2. 1. folgende Zahlen (in 1000 t):

	Erzeugung	Einfuhr	Zusammen	Ausfuhr	Verbrauch
1913	254	544	798	33	765
1916	384	454	838	19	819
1917	529	675	1204	22	1182

Die Erzeugung 1920 wird auf 1,3 Mill. t Eisen, 1,8 Mill. t Stahl und 1,3 Mill. t Eisen- und Stahlwaren geschätzt. Die Kupferausfuhr nach Europa einschl. der feindlichen Länder ist ab 1. 3. freigegeben.

Straits Settlements. Die nichteisenhaltigen Metalle sollen 5 Jahre nach dem Kriege unter Kontrolle des Staates bleiben.

Nigeria. Die Zinnausbeute betrug nach der „African World" im letzten Jahr durchschnittlich etwa 4—500 t monatlich.

Südafrika. Der Gesamtwert der mineralischen Erzeugung seit Beginn der Ausbeute überhaupt beträgt nach Schätzungen der „African World" 799 Mill. £ und zwar:

Gold	553	Kohlen	37,7
Diamanten	183	Kupfer	21,9
		Zinn	3,2

Brasilien. Die Ausfuhr von Manganerz betrug 1917 359 344 t gegen 111 300 t in 1914. Der Durchschnittswert ist von 23 Milreis in 1914 gestiegen auf 115.

Bolivien. Die amtlichen Zahlen der Metallausbeute lauten in t:

	1916	1917
Zinn	34 523	45 418
Antimon	25 845	21 287
Wolfram	2 371	2 804
Wismut	487	492

Mexiko. Die Metallgewinnung betrug lt. „Ag. éc." v. 24. 1.:

1000	1918	1917
Gold $	681	10 679
Silber oz	868	1 453
Blei lbs	9 250	9 501
Kupfer lbs	98 620	105 568
Zink lbs	25 000	30 200

Kanada. Die Förderung der International Nickel Company aus den Betrieben in Fort Colborne und Creighton (Ontario) beträgt jetzt über 100 000 t Nickelerz monatlich. In der ersten Hälfte 1918 wurden 40 718 t Nickel gewonnen.

Vereinigte Staaten. Die Ausfuhr aller Metalle mit Ausnahme von Gold und Silber ist nach allen Ländern, ausgenommen Deutschland, wieder frei.

Kaliforniens Metallerzeugung 1918 betrug lt. „Min. J." v. 15. 2.

Gold	17,2 Mill. $	Zink	4,5 Mill. lbs	0,3 Mill. $	
Silber	1,5 „ oz.	Quecksilb.	22 000 Fl.	2,3 „ „	
Wolfram	2300 t	3 „ $	Chromit	52 000 t	2 „ „
Kupfer	49 Mill. lbs.	12 „ „	Mangan	25 000 t	1,1 „ „
Blei	15 „ „	1,1 „ „	Magnesit	90 000 t	0,9 „ „

Die Kupfererzeugung betrug 1918 2450 Mill. lbs reines Kupfer gegen 2362 Mill. in 1917. Die Produktion soll um 40 % eingeschränkt werden.

Der Preis ist unter 16 cts je lb gesunken. Da der heimische Verbrauch etwa 1000 lbs beträgt, haben die Produzenten beschlossen, die Erzeugung um 40 % einzuschränken und ein Ausfuhrsyndikat zu bilden. Alle Einschränkungen der Kriegswirtschaft sind seit Ende Januar beseitigt. Die Bestände betragen nach amtlichen Angaben 1000 Mill. i. W. v. 175 Mill. $.

Die Roheisenerzeugung betrug 1918 38,5 Mill. tons wie im Vorjahr. 1914 betrug sie 23,3 Mill. tons.

Die Einfuhrbeschränkungen für Ferromangan und Schwefelkies sind seit dem 16. 1. aufgehoben.

Der Zinkhöchstpreis von 12 cts je lb besteht seit 1. 1. nicht mehr. Die Produktion betrug 1918 525 600 tons gegen 669 600 in 1917.

Der Bleipreis, der 1918 im Mittel 7,6 cts je lb betrug, ist seit 1. 2. auf 5¼=5 herabgesetzt. Die Produktion betrug 1918 645 000 tons gegen 612 000 in 1917.

Die Quecksilbergewinnung betrug 1918 33 432 Fl. zu je 75 lbs i. W. v. 117,92 $ die Fl. mithin 2727 Fl. weniger als 1917.

Spanien. Lt. „Ag. éc." v. 29. 1. werden folgende vorübergehende Ausfuhrzölle in Pesetas je t geplant:

Galmei, natürlicher	6	Zinn	300
„ ausgebrannt	8	Mangan	11,5
Blei, silberhaltig	50	Kupfermatte	11,5
Bleiglanz, silberhaltig	40	Kupfererz unter 2,5 %	2
Bleierz	20	„ über 2,5 %	5
Eisenkies	1,75		

Der Zoll für silberhaltiges Blei ist lt. „Inf." v. 12. 3. bis zum 31. 5. d. J. aufgehoben.

Holland. Die Kupfereinfuhrkontingente sind auf 6000 t Legierungen, 4000 t sonstige Erzeugnisse und 3500 t Leitungsdraht festgesetzt.

Frankreich. Seit Mitte Januar ist der amtliche Preis für Rohblei 200 fr. je 100 kg und für bearbeitetes Blei 240 fr.

Die monatliche Eisenerzeugung betrug in 1000 t:

	Roheisen	Stahl
Ende 1913	400	?
„ 1914	0	50
„ 1915	64	118
„ 1916	140	175
„ 1917	145	192

Schweden. Die Eisenerzeugung ist 1918 auf 674 000 t gegen 829 000 in 1917 zurückgegangen. Von 141 Hochöfen waren im Februar nur 112 und im Dezember v. J. nur 85 in Betrieb.

England. Die Eisen- und Stahlgewinnung betrug lt. „Iron and Coal Tr. Rev." v. 3. 1. in Mill. tons: 1914 7,6, 1917 9,5, 1918 10,3. Die Erzeugung 1919 wird, wenn kein Arbeitermangel oder Verminderung der Nachfrage eintritt, die von 1918 noch übertreffen. Die Eiseneinfuhr betrug 1918 343 000 t i. W. von 9,734 Mill. £ gegen 2,2 Mill. tons i. W. von 15,2 Mill. £ in 1913.

Die im November v. J. mit einem Kapital von 5 Mill. £ begründete British Metal Corp. hat folgende Aufgaben: 1. Ausbeutung der Erz- und Metallschätze des britischen Reiches, 2. Sicherung der nötigen Rohstoffe für die britische Industrie, 3. Stärkung der Metallindustrie und des Metallhandels im britischen Reich durch Kreditgewährung und durch Unterstützung der wissenschaftlichen Forschung.

In London wurde lt. „Times" v. 29. 1. im Foyer des Cannon Street Hotels eine Börse für Eisen und Stahl begründet.

Deutschland. Die Preise des Stahlwerksverbandes betrugen in ℳ.:

	Rohblöcke	Knüppel	Formeisen
Mitte 1914 ...	82 50	95.—	110,—
Ende 1918 ...	187,50	202 50	220,—
1. 1. 19	285 —	300.—	320,—
1. 3. 19	385,—	400,—	420,—

Die Bleierzeugung in Oberschlesien, die in normalen Zeiten 40 000 t jährlich betrug, konnte in den Kriegsjahren lt. „W.-D." v. 7. 1. noch gesteigert werden. Blei war trotzdem dauernd knapp. Der Bleipreis ist ab 31 1. bis auf weiteres auf 90 ℳ. für 100 kg gegen 76 bisher festgesetzt.

Die Zinkerzeugung betrug lt. „N. A. Z." v. 24. 2. in 1000 t:

1916	1917	1918 (bis Okt. einschl.)
198.3	186 5	198

Der Rohzinkpreis von 130 ℳ. für 100 kg ist seit 1. 3. außer Geltung.

Der Platinpreis wurde von der Kriegsmetall A. G. von 24 auf 18 ℳ. für 19 herabgesetzt für alle Lieferungen auf Kontingentschein ab 28. 2.

Vermischtes

Balearen. Nach „British Export Gazette" v. Februar 1919 wertete der Außenhandel in den Jahren 1916 und 1917

in £:	Gesamthandel	Einfuhr	Ausfuhr	Bilanz
1916....	3 660 110	2 003 020	1 657 090	÷ 345 930
1917....	4 473 310	2 179 400	2 293 910	+ 114 510

Der Ausfuhrwert hob sich im Jahre 1917 so sehr, daß eine positive Handelsbilanz erzielt wurde. Die Balearen sind Absatzmärkte für eine große Reihe von Fertigfabrikaten, welche größtenteils aus Spanien (Barcelona, Valencia, Alicante) eingeführt werden. Hauptsächlich zu nennen ist die Einfuhr von Maschinen, Eisen- und Stahlerzeugnissen, Töpfereiwaren, Porzellan und Glas, Baumwollgütern, Säcken, Fußzeug, Möbeln, Leder und größeren Mengen von Nahrungsmitteln aller Art, u. a. von Käse, kondensierter Milch, Konservenfleisch, Gemüse und Früchten. Die Ausfuhr der Inseln umfaßt Schuhzeug (1917: 35 000 £), Bettdecken, Obstkonserven, glatte Baumwollgewebe, Gold- und Silbersachen, Decken und Teppiche, Wollwaren, Sohlenleder, Bohnen, Mandeln, getrocknete Feigen, Fische, Schweine, Holz. Jede der drei Inseln besitzt ihre eigene Handelskammer, in Palma auf Majorca, in Mahon auf Minorca, in Iviza auf Iviza. Die Industrie der Balearen ist durch die Einflüsse des Krieges (Tonnagemangel, hohe Frachten, Rohstoffknappheit) ungünstig beeinflußt worden, besonders die Herstellung von Fußzeug, Textilwaren, Decken und Teppichen, Gerbstoffen, Streichhölzern, Früchten und Stickereien. Die neue Eisenbahnlinie zwischen Palma, Santiny und San Juan de Campos wurde im Kriege vollendet und 1917 dem Verkehr eröffnet. Einige beabsichtigte Hafenverbesserungen, der Bau einer neuen Wasserleitung in Palma und der Bau eines neuen Marktplatzes daselbst, mußten wegen des Materialmangels und der hohen Kosten einstweilig aufgeschoben werden; jetzt werden diese Arbeiten jedoch wahrscheinlich ausgeführt werden. *Gb.*

Eine neue Bahnverbindung zwischen Indien und Persien. In der Zentralasiatischen Gesellschaft in London berichtete Oberst Webb-Ware am 18. Febr. über eine neue Eisenbahnverbindung, welche von Indien über Belutschistan nach Seistan in Persien führt. Schon im Jahre 1897 wurde der Oberst nach Nushki, südwestlich von Quettah in Belutschistan geschickt, um die Handelsverbindungen überland mit Persien weiter zu entwickeln. Die Verhältnisse waren damals sehr unsicher, Räubereien und innere Kämpfe standen auf der Tagesordnung. Es soll aber gelungen sein, Ruhe herzustellen und eine Handelsstraße mit Quellen und Karawansereien zu eröffnen; die Landwirtschaft soll sich stark entwickelt und die wirtschaftlichen Verhältnisse sollen sich in jeder Weise gebessert haben. Im Jahre 1905 wurde die Quetaher Eisenbahn nach Nushki weitergeführt, und während des Krieges ist weitergebaut worden, so daß ein breitspuriges Gleis jetzt nach Seistan gelegt worden ist.

Dadurch sind wichtige Gebiete in das britisch-indische Wirtschaftsleben hineingezogen worden. In Belutschistan selbst findet sich Salz in großen Mengen, und Salz gehört zu denjenigen Lebensnotwendigkeiten, die Indien einführen muß. Weiter können Blei, Kupfer, Antimon, Eisen, Ocker und Schwefel gewonnen werden. Seistan hat außerdem alle Bedingungen, ein Distributionszentrum für den Handel mit dem südlichen Afghanistan zu werden, und im Lande selbst wird Landwirtschaft vorteilhaft betrieben werden können. Der Helmundfluß bringt fruchtbaren Schlamm mit, der über ebenes Land sich ablagert, und künstliche Bewässerung kann mit Leichtigkeit hergestellt werden.

Jenseits Seistan liegt Chorasan mit unausgenutzten Vorkommnissen von Kupfer, Eisen und Kohle und den berühmtesten Türkisevorkommnissen der Welt.

Der Handel über Nushki hat seit der Öffnung des Karawanenweges zehnfach zugenommen. Die Bedeutung dieser Handelsroute wird aber jetzt, mit der Eröffnung der Eisenbahn, noch viel größer werden. Die nähere Verbindung mit wichtigen persischen Provinzen, welche auf diese Weise zustande gekommen ist, kann aber nicht für sich allein betrachtet werden. Sie bildet ein neues Glied in der Politik, die durch das Abkommen mit Rußland über Persien im Jahre 1907 zum vorläufigen Abschluß kam, und die darauf abzielt, Persien in die wirtschaftliche Interessesphäre des britischen Indiens hineinzuziehen und die Hilfsquellen des Landes auszunutzen. Nach dem Zusammenbruche Rußlands werden sich diese Bestrebungen auch auf Nordpersien ausdehnen.

Wichtige Neueingänge

einzusehen im Lesezimmer Rothenbaumchaussee 12, geöffnet von 8-4 Uhr

Allgemeines

„Germany's right to recover her colonies", vom Staatssekretär Solf. Irrefutable facts and figures, English and American testimony. Berlin: Engelmann 1919. 43 S.

„La Question du fer". Le problème franco-allemand du fer. Par Louis Férasson. Paris: Payot 1918. 162 S. (Bibliothèque politique et économique.)

„Die Bedeutung der Kohle für die Kriegswirtschaft und für das wirtschaftliche und politische Leben der Kulturvölker". Von Gotthard Würfel. Dresden u. Leipzig: Globus 1919. 48 S. (Bibliothek f. Volks- u. Weltwirtschaft. H. 63.)

Aus dem Inhalt: Nutzwirkung der Kohle, Industrie und Bevölkerungszuwachs, Elektrotechnische Industrie, Sachsens Braunkohlenfelder, Kriegs- und Handelsmarine, Kohlenstationen, Luftschiffbau, Waffentechnik, Fall der Festungen, Destillate der Stein- und Braunkohle usw. — Das große Gebiet wird auf wenigen Seiten anschaulich geschildert.

„Die Kohlenversorgung Europas". Mit 44 Abb. Von A. H. Goldreich. Berlin, Wien: Urban u. Schwarzenberg 1918. VIII, 268 S.

Eine leicht verständliche, nicht nur für Fachleute lesenswerte Darstellung der europäischen Kohlenfrage. Inhalt: 1. Kohlenbergbau u. Wirtschaftspolitik (Vorräte Erzeugung und Verbrauch), 2. Eisenbahn und Kohlenbergbau, 3. die

Kohlennot Europas (Kohlenforschung Transportnot, Staats- und Privatwirtschaft, Strömungen d. Gegenwart). dt.

„Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen". Von R. Passow. Leipzig u. Berlin: Teubner 1918. Band 1. Zweite erweiterte und verbesserte Auflage. (B. C. Teubners Handbücher für Handel und Gewerbe). 304 u. VIII S.

Die zweite Auflage hält überall an den Grundzügen der ersten fest, im einzelnen ist aber viel neues hinzugefügt und die Disposition übersichtlicher gestaltet worden. Eine eingehende Behandlung haben die Steuerfragen erfahren, insbesondere ist Verf. auf die Kriegssteuergesetzgebung näher eingegangen und hat auch sonst den durch den Krieg aufgeworfenen Problemen eine gebührende Aufmerksamkeit geschenkt. Neben den deutschen sind auch die wichtigsten Auslandsverhältnise berücksichtigt worden.

„Die Entwertung des Geldes". Eine Untersuchung der Einwirkungen von Kreditanspannung und Geldumlauf auf Preisniveau und Valutastand mit besonderer Rücksicht auf Kriegs- und Übergangswirtschaft. Von Dr. Rudolf Dalberg. Berlin: Puttkammer u. Mühlbrecht 1918. 131 S.

Eine Ausarbeitung der in der „Entthronung des Goldes" (vom gleichen Verfasser) nur flüchtig berührten Fragen, namentlich des Inflations- nnd Valutaproblems. —00—

C. Regenhardt's Geschäftskalender für den Weltverkehr. Verzeichnis von Bankfirmen, Spediteuren, . . . Konsulaten, Hotels und Auskunftserteilern in allen nennenswerten Orten der Welt, 44. Jg. 1919. Berlin-Schöneberg: Regenhardt (1918).

Der neue Jahrgang ist wie immer im September redaktionell abgeschlossen worden. Neuere Tatsachen konnten naturgemäß keine Aufnahme finden. Aus dem Inhalt seien hervorgehoben: Verzeichnisse in- und ausländischer Banken, Spediteure, Kommissions- u. Handelshäuser, Advokaten, Gerichtsvollzieher, Konsulate der wichtigsten Länder, sowie die Beschreibung der Bahn- und Wasserverbindung einer Reihe bedeutender Orte.

Jahrbuch für das dreizehnte Geschäftsjahr 1919 von der ständigen Ausstellungskommission für die deutsche Industrie. Herausgegeben v. ders. o. O. 1919.

Was ist Stepp-Kapok für Militär, Zivil, Sport? Von O. A. R. Cantzler. Halle a/S.: Thiele (1918). 44 S.

Deutschland

„Die Deutsch-Russischen Zusatzverträge vom 27. Aug. 1918" ratifiziert am 6. Sept. 1918. (Deutsch-Russischer Verein. Nachtrag z. d. Veröffentl. d. Friedensvertrages mit Rußland v. 3. März 1918.)

„Deutschlands Finanzlage und Steuerpolitik". Von Schiffer, Berlin. Springer 1918. 29 S.

„Groß-Hamburg". Von Fred. S. Baumann, Hamburg. Friedrichsen & Co. 1919. 43 S. u. 2 Kartenskizzen.

Verfasser weist die Eingliederung Hamburgs in einen Territorialstaat zurück, um der Stadt die Konzentration auf den Außenhandel zu erleichtern. Dagegen fordert er im sozialen, hygienischen, industriellen und vor allem auch schiffahrtstechnischen Interesse eine Erweiterung des Hamburger Stadtgebiets derart, daß es einen Raum von etwa 1800 qkm (gegen jetzt 414) umfaßt.

„Die Frage der Verstaatlichung der Kaliindustrie". Von H. Giebel. Berlin: Springer 1918. 128 S.

Voraussetzungen und Bedingungen der Rentabilität eines Staatsmonopols werden erläutert, namentlich die Möglichkeit der Betriebszusammenlegung und die Wassergefahr. Als Nachteile des Staatsbetriebs werden behandelt: die Gefahr technischen Stillstandes, Schwierigkeiten des Erwerbs der Kaliindustrie, Erschwerung des Absatzes und handelspolitische Wirkungen. Vor allem seien die Aussichten für Verstaatlichung durch die Durchbrechung des ausschließlichen Monopols gesunken. Eine Kalisteuer sei vorzuziehen. dt.

„Das Bergbaumonopol". Von A. Heinrichsbauer. Essen 1919. „Deutsche Bergw.-Ztg." 63 S.

Eine sehr gründliche Untersuchung über die Frage der Verstaatlichung des Bergbaues. Die Leistungen des Saarbergbaues werden mit denen des privaten Bergbaues verglichen hinsichtlich Produktivität, Förderung, Preise, Löhne, sozialer Aufwendung, Gehälter, Gewinn usw. Ein reiches und umfassendes Zahlen- und Tatsachenmaterial wird beigebracht. Die Darstellung ist klar und übersichtlich. Verf. gelangt zur Ablehnung der Verstaatlichungspläne. Aber auch für Monopolfreunde wird die Schrift als Quelle von Nutzen sein. Ein Anhang gibt einen Überblick über die staatlichen Verfügungsrechte bezüglich der Bodenschätze in den deutschen Staaten. dt.

„Bergarbeiterfragen". Von Bergrat Ernst Herwig. Essen 1918. „Deutsche Bergw.-Ztg." 127 S.

Ziel des Verf. ist nach seinen eigenen Worten, praktisch und grundsätzlich wichtige Arbeiterfragen mit Würdigung des Standpunkts beider Parteien unter Hervorhebung der gemeinsamen und der entgegengesetzten Interessen frei von Polemik darzustellen. Verf. bemüht sich um Sachlichkeit und Vermeidung einseitiger Stellungnahme. Er behandelt: Bergbau und öffentliches Interesse, Mensch und Maschine im Bergbau, die „Leistung", Lohnmethoden und Lohn, Tarifverträge, Konjunkturschwankungen und Arbeiterbedarf, Beschaffung und Erhaltung der Arbeitskräfte, die gesundheitsschädlichen Einflüsse der Bergarbeit, ferner die Unfallgefahren und ihre Bekämpfung, Wohlfahrtseinrichtungen und schließlich die Machtfrage zwischen Arbeitern und Unternehmern. Graphische Darstellungen unterstützen die Lektüre. dt.

„Die neue Zeit und die Zukunft". Von Ernst Collin. Essen 1919. „Deutsche Bergw.-Ztg." 23 S.

Eine Mahnung zum Handinhandgehen von Arbeitern und Unternehmern auf Grund sozialer und wirtschaftlicher Erwägungen. dt.

„Denkschrift über das Branntweinmonopol. Berlin (1918): Greve. 35 S. (Kriegsausschuß d. deutschen Landwirtschaft. Abt. I. Drucks. Nr. 6.)

Der Kriegsausschuß erklärt sich, vorbehaltlich gewisser Modifikationen, mit dem Monopolisierungsgesetz einverstanden, das allein die Rettung des ländlichen Brennereigewerbes verbürge. Historische Ausführungen über die einschlägige Steuergesetzgebung dürften bewirken, daß die Denkschrift auch außerhalb des immerhin engen Kreises der direkt Beteiligten Interesse findet.

„Die Entwicklung der deutschen Reisstärke-Industrie". Von Herbert van der Borght. Berlin: Siemenroth 1918. 91 S.

Die Arbeit will eine Fortsetzung der 1899 erschienenen Beiträge zur Geschichte der Deutschen Reisstärkeindustrie von R. v. d. Borght bilden, berücksichtigt aber die Tatsachen älteren Datums, so daß sie ein anschauliches Bild dieser durch einen Schutzzoll ins Leben gerufenen Industrie entwirft.

Andere Länder Europas

„Statistical Abstract for the United Kingdom in each of the last fifteen years from 1902 to 1916". London 1918. (Cd. 9137.)

„Mines and Quarries": General Report, with statistics, for 1916. P. II Labour; for 1917 P. I Divisional Statistics and Reports. London 1917 und 1918. (Cd. 8817 und 9120.)

„The Fuels of War". Vol 17. Part 212 of The Times' History & Encyclopaedia of the War. London, Times Publ. Co. Ltd 1918.

Eine an Abbildungen reiche, leicht faßlich geschriebene und gut über die wesentlichen Momente der gesamten Brennstofffrage in England orientierende Broschüre.

„Report of the Departmental Committee appointed by the Board of Trade to consider the position of the Electrical Trades after the war". London: Stat. Off. 1918. 14 S. (Cd. 9672.)

„Ministerio de Instrucción Pública y Bellas Artes. Direccion general del Instituto Geográfico y Estadistico, Anuario estadistico de España." Año 3. Madrid 1917 Minnesa de los Rios.

„Notas sobre el comercio de España en Marruecos por Juan Martinez de Guardamino". Madrid: Artes Gráficas Mateu 1917. 52 S.

Verantwortlich für Ausländische Volkswirtschaften und allgemeine Redaktionsangelegenheiten Hauptschriftleiter Dr. Paul Heile; Deutsche und österreichisch-ungarische Volkswirtschaft: Hauptschriftleiter Dr. Kurt Singer; Anzeigenteil Horst Weyhmann, Geschäftsführer des W.-D.; sämtlich in Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5
Druck von H. O. Persiehl, Hamburg 8.